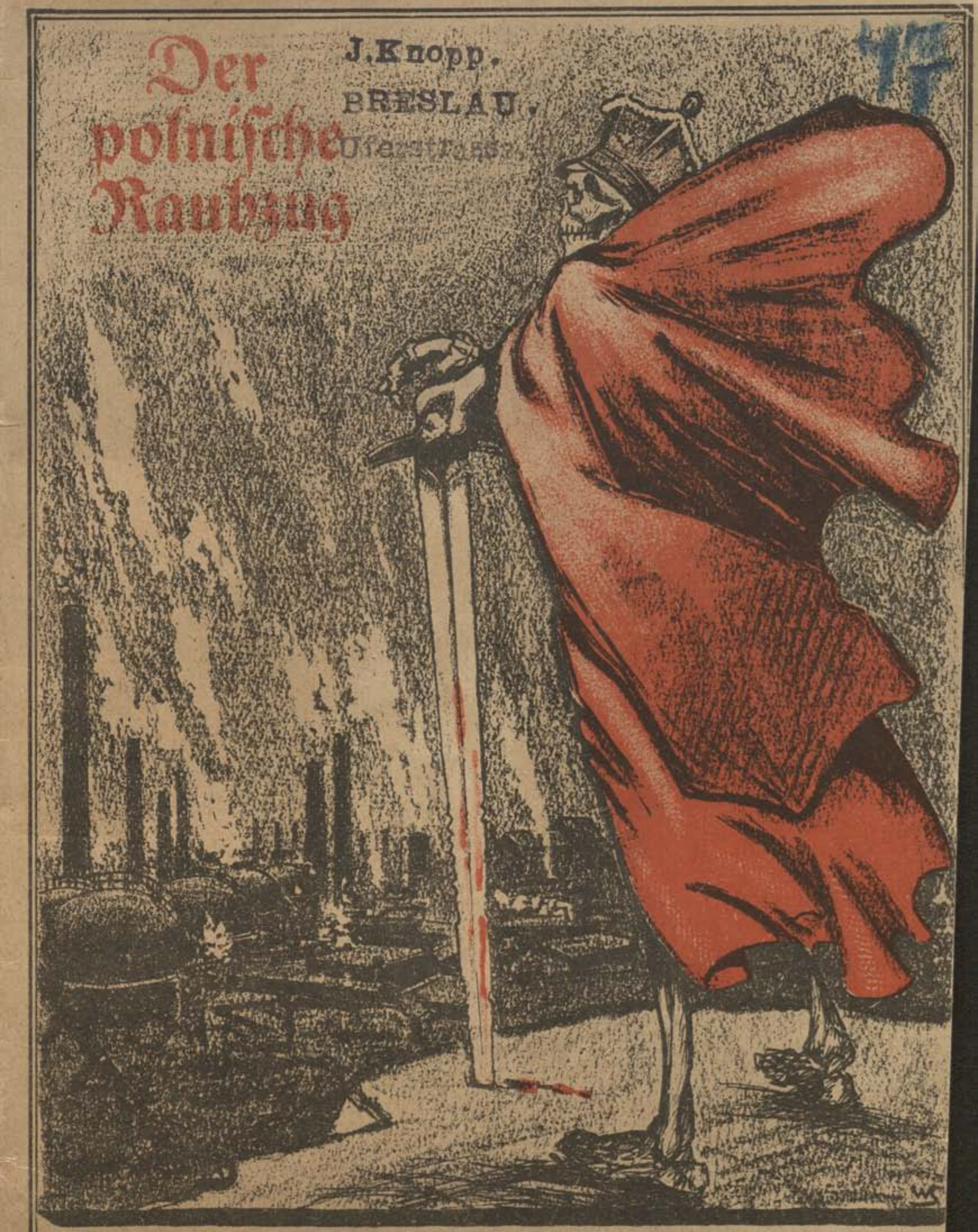


Der Augustaufstand in Oberschlesien

Der Augustaufstand

in

Oberschlesien

Nach amtlichen Mitteilungen



Herausgegeben im
Verlag für Politik und Wirtschaft G. m. b. H.
Berlin W 35, Potsdamer Straße 123a

Heute steht Oberschlesien noch unter dem unerträglichen Druck der Unsicherheit seiner Zukunft. Deutsch ist das Land durch die Tradition von Jahrhunderten. Und unwillig und ungern erträgt es den Druck, den fremdländische Besetzung und Verwaltung mit sich bringen, und ersehnt den Tag, an dem es durch sein offenes Bekenntnis zum Deutschtum die Wiedervereinigung mit dem Mutterlande erzwingen will. Und an dem auch alle die Machenschaften, durch die habgierige Polen und ihre Helfershelfer das schöne Land zu gewinnen trachten, an dem festen Sinne der Bevölkerung Oberschlesiens zerschellen werden.

Viel hat Oberschlesien gelitten in den letzten Monaten. Deutsches Blut ist geflossen. Deutsche Männer, Frauen und Kinder haben Haus und Hof verlassen müssen, mißhandelt und hinausgedrängt durch polnischen Terror. Mögen die Polen es auch ableugnen, es liegen Beweise in genügender Zahl vor, aus denen hervorgeht, daß von polnischer Seite seit langem eine umfassende Organisation bis in die geringsten Einzelheiten einen Plan aufgestellt hat, Oberschlesien, das sie anders nicht in ihre Gewalt zwingen können, mit Gewaltmaßregeln an sich zu bringen.

Die deutsche Regierung hat ein verdienstvolles Werk getan, wenn sie diese Beweise sammelte, sie zusammenstellte und jetzt in der Form eines Weißbuchs der Öffentlichkeit übergeben hat. Wer dieses Weißbuch liest, wer vorurteilsfrei die Beweise prüft, die es bringt, der kann sich dem Urteil nicht entziehen, daß hier ein Verbrechen an einem Volke begangen wird, das man wider seinen Willen hineinzwingen möchte in das Joch einer fremdländischen Herrschaft. Seit Monaten waren die polnischen Vorbereitungen getroffen. Bis ins kleinste durchgeführte militärische Organisationen waren vorgesehen. Jenseits der polnischen Grenze befand sich das oberste Kommando der Polen, das alle Fäden in der Hand hielt. Polnische Truppen standen hier bereit, auf den ersten Wink die oberschlesische Grenze zu überschreiten. Die Marschstraßen der einzelnen Abteilungen waren bis ins kleinste festgelegt. Der Termin des Aufstandes war bereits in

Aussicht genommen. Das alles wird schwarz auf weiß bewiesen durch polnische Originaldokumente, die das Weißbuch im Wortlaut, vielfach sogar in Faksimile veröffentlicht. Wer diesen Beweisstücken gegenüber noch leugnen will, daß der polnische Aufstand seit langem vorgesehen sei, daß er gekommen wäre unter allen Umständen, auch wenn kein äußerer Anlaß ihm den Vorwand gegeben hätte, der kann das nur tun, weil er nicht glauben will. Was das Weißbuch sagt, muß wirken. Muß auch da, wo man sich im Auslande den freien Blick noch gewahrt hat, ein klares Bild der Dinge geben, wie sie wirklich liegen.

Und noch ein anderes enthält das Weißbuch. Ein anderes, das gerade uns Deutsche ans Herz greift: Die Darstellung und Schilderung der Qualen und Mißhandlungen, die in Oberschlesien deutsche Brüder für ihr Festhalten am Deutschtum auf sich nehmen mußten. In grausamster Weise haben die Polen gegen sie gewütet. Tatenlos sahen die französischen Besatzungen diesem Tun zu. Französische Truppen fraternisierten mit den Aufrührern, lieferten ihnen Munition und kämpften in einzelnen Fällen sogar Seite an Seite mit ihnen gegen die deutschen Sicherheitsbeamten. Helle Empörung packt jeden, der verfolgt, was das Weißbuch hier an Schilderungen von Augenzeugen veröffentlicht. Empörung darüber, daß hier Deutsche schutzlos einem Feinde ausgeliefert sind, der nichts anderes will, als ihre Vernichtung. Zugleich aber weckt das alles in jedem Deutschen den Willen, ihnen mit allen seinen Kräften helfend an die Seite zu treten, die hier für ihr Deutschtum kämpfen. Nicht viel ist es, was das Reich heute für Oberschlesien tun kann. Der Versailler Friedensvertrag bindet ihm die Hände. Aber dessen kann das Volk Oberschlesiens gewiß sein: Was an Kraft, was an Vermögen uns blieb im Reiche, das soll mitwirken, der oberschlesischen Bevölkerung das Schicksal, unter dem sie heute leidet, zu erleichtern. Und wie Oberschlesien, so sehnt auch ganz Deutschland den Augenblick herbei, an dem Oberschlesien wieder voll zum Deutschen Reiche gehört.

Und nun mag das Weißbuch selbst sprechen. Was im folgenden gesagt ist, ist seinem Inhalt entnommen. Es erübrigt sich, zu dem was hier gesagt wird, Kommentare zu geben. Es schildert die Dinge, wie sie liegen: Die Not Oberschlesiens.

I.
Das deutsche Oberschlesien.

Das schlesische Abstimmungsgebiet, das den größten Teil des Regierungsbezirkes Oppeln umfaßt, deckt sich in seinen Grenzen ungefähr mit der alten geschichtlichen Landschaft Oberschlesien. Nur ganz kurze Zeit, vor einem Jahrtausend, hat es in Verbindung mit dem damals in der Entstehung begriffenen polnischen Staatswesen gestanden, und auch damals nur in einem Zeitraum von 64 Jahren, nämlich von 999 bis 1163. Nach kurzer Selbständigkeit kam es dann in der ersten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts unter böhmische, und wenige Jahrhunderte später unter ungarische Oberhoheit. Mit Ungarn gelangte es unter das Zepter der Habsburger, unter denen es bis zum ersten Schlesischen Kriege blieb. Im Jahre 1742 fiel Oberschlesien an Preußen und blieb seitdem ein Bestandteil des Preußischen Staates.

Deutscher Sinn und deutscher Geist haben dem Lande seinen Charakter gegeben. Durch eine halbtausendjährige Vergangenheit ist es eng an Deutschland gebunden. Die fleißige und tüchtige Bevölkerung Oberschlesiens hat Arbeit und Lebensunterhalt in den großen, durch deutschen Unternehmungsgeist geschaffenen Industrieanlagen gefunden, vor allem in den Gruben und Hütten des durch seine Bodenschätze ausgezeichneten Montanbezirkes. Die kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Einheit hatte in der Bevölkerung ein Gefühl der Zusammengehörigkeit geschaffen, das auch durch den Sprachenunterschied nicht beeinträchtigt wurde. Das Zusammenleben war durch nationale Gegensätze niemals gestört worden. Erst das Hineintragen der polnischen Bewegung schuf hier neue Gegensätze.

Vor einigen Jahrzehnten setzte diese Bewegung ein, ohne daß es darüber zu Unruhen gekommen ist. Erst als im Oktober 1918

Oberschlesien von Agenten aus Polen und von Kongreßpolen geradezu überschwemmt wurde und eine systematische Agitationsarbeit gegen das Deutschtum begann, schuf diese Arbeit innerhalb der Bevölkerung nationalen Zwist.

Trotzdem wäre die Abstimmung, der sich Oberschlesien auf Grund des Versailler Vertrags unterziehen muß, in voller Ruhe vor sich gegangen, wenn nicht die polnischen Hetzer die Erschütterung des Landes beabsichtigt hätten, um sie für ihre Zwecke auszunützen. So kam es schon im August 1919 in einigen Teilen des Landes zu Ruhestörungen durch bewaffnete polnische Banden. Damals konnte von deutscher Seite diesen Ausschreitungen schnell ein Ende gemacht werden, weil das Deutsche Reich in Oberschlesien noch die Macht besaß.

Erst als durch die Besetzung Oberschlesiens Deutschland das Verfügungs- und Verwaltungsrecht genommen wurde, als nunmehr landesfremde Wühler, die auf die gewaltsame Loslösung Oberschlesiens hinarbeiteten, Tür und Tor geöffnet fanden, entfachte sich der Brand, der im August 1920 so hoch emporgelodert ist.

II.

Die Neutralität Oberschlesiens.

Der russisch-polnische Krieg, der im Frühjahr 1920 neu emporloderte, verlangte eine Stellungnahme Deutschlands, die verhindern mußte, daß Deutschland in diesen Krieg hineingezogen werde. Am 20. Juli 1920 gab der Reichspräsident die Neutralität des Deutschen Reiches in diesem Kriege bekannt. Um die Neutralität wirksam zu machen, wurde am 25. Juli 1920 die Ausfuhr und Durchfuhr von Gegenständen des Kriegsbedarfs verboten.

Das deutsche Volk stellte sich mit erdrückender Mehrheit hinter diese Neutralitätserklärung. Auch in der Bevölkerung Oberschlesiens fand sie einen lebhaften Wiederhall. Kam doch hier die Besorgnis hinzu, daß gerade das Abstimmungsgebiet wegen seiner besonderen Lage leicht einer Nichtbeachtung der Neutralität ausgesetzt werden könnte. Die interalliierte Kommission, die für die Regierung und Abstimmung verantwortlich war, unterließ eine der ganzen Sachlage nach gebotene und die Öffentlichkeit beruhigende Erklärung über die Wahrung der Neutralität im Abstimmungsgebiet.

Die deutsche Regierung richtete daraufhin an den Präsidenten der interalliierten Kommission in Oppeln eine Note, durch die sie eine Klärung der Lage herbeizuführen sich bemühte.

Die deutsche Note vom 17. August.

In der Note gab die deutsche Regierung ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß alles, was irgend möglich sei, geschehen müsse, um die Ruhe und Ordnung im oberschlesischen Abstimmungsgebiet zu erhalten, damit das dortige für ganz Europa wichtige Wirtschaftsleben keine weitere Störung erleide.

Das oberschlesische Abstimmungsgebiet dürfe ebensowenig wie andere Teile des Deutschen Reiches in den polnisch-russischen Konflikt hineingezogen und in seiner Neutralität gefährdet werden. Um auf die Bevölkerung beruhigend einwirken zu können, glaube die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der interalliierten Kommission, deren Bestrebungen auf das gleiche Ziel gerichtet sein dürften, alle für die Wahrung der Neutralität in Oberschlesien erforderlichen Maßnahmen einer ernsten Prüfung unterziehen zu müssen. Die deutsche Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die interalliierte Kommission in Oppeln wohl über genügende Truppen verfüge, um die reibungslose Entwaffnung und Internierung übertretender Streitkräfte zu gewährleisten, sodaß sich eine aktive Mitwirkung deutscherseits hierdurch erübrigen würde. Jedoch sei die deutsche Regierung jederzeit bereit, im Interesse der Wahrung ihrer Neutralität alle erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Sie setze voraus, daß seitens der interalliierten Kommission alle notwendigen Maßnahmen getroffen seien, welche die durch die Neutralität des Deutschen Reiches gebotene Entwaffnung und Internierung übertretender Kriegsteilnehmer sicherstellten, und sonstige mit der Neutralität unvereinbare Handlungen unmöglich machten. Sie werde daher auch die öffentliche Meinung Deutschlands dementsprechend unterrichten.

Die Regierung ging bei der Überreichung dieser Note von dem Wunsche aus, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um das oberschlesische Volk zu beruhigen und um Ausschreitungen vorzubeugen. Truppenverschiebungen, die Anfang August im Abstimmungsgebiet vorgenommen wurden, steigerten die Besorgnis der Bevölkerung, Oberschlesien könne in die kriegerischen Ereignisse hineingezogen werden. Das Land wünschte eine Klärung der Haltung der interalliierten Kommission, und dieser Wunsch fand in Massenkundgebungen seinen Ausdruck. Durchweg verliefen diese Kundgebungen ruhig und besonnen. Nur in Kattowitz und Rybnik kam es zu bedauerlichen Ereignissen.

III.

Die Vorgänge in Kattowitz.

Auch in Kattowitz waren Kundgebungen für die Neutralität beabsichtigt. Auf die Meldung hiervon versammelte der Kreiskontrolleur des Kreis- und Landkreises Kattowitz am 17. August den Polizeipräsidenten, den Landrat, den Kommandanten der Sicherheitspolizei und der Ortspolizei und legte für die Kundgebungen, die am Nachmittag stattfinden sollten, bestimmte Richtlinien fest. In diesen Richtlinien wurde gesagt, daß die Protestversammlungen und ein Demonstrationszug grundsätzlich verboten seien, ein gewaltsames Einschreiten jedoch unterbleiben werde, unter Hinweis auf das gleiche Verhalten gegenüber polnischen Demonstrationen, sowie um Blutvergießen zu verhindern. Jedoch sei der Demonstrationszug entsprechend umzuleiten, um eine Belästigung der interalliierten Kommission zu verhüten. Die Straßen, die dorthin führten, würden mit französischen Truppen besetzt und vor den Truppen durch Sicherheitspolizei abgesperrt werden, um eine Berührung des Publikums mit dem französischen Militär zu vermeiden. Der Polizeipräsident machte sofort darauf aufmerksam, daß das Zeigen von französischen Truppen die Arbeiter unnötig provozieren werde. Er sowohl wie der Polizeiinspektor warnten eindringlich vor dieser Maßnahme und rieten, die französischen Truppen zwar bereitzustellen, sie aber vor den Augen des Publikums zu verbergen. Trotzdem ordnete der Kreiskontrolleur die Maßnahme an.

Schon die Ausführung der Befehle machte Schwierigkeiten, da insgesamt aus verschiedenen Gründen nur 150 Mann der Sicherheitspolizei zur Verfügung standen, eine Zahl, die angesichts der Erregung der Massen durchaus unzulänglich war.

Der Verlauf der Kundgebungen.

Die öffentlichen Kundgebungen nahmen einen ruhigen Verlauf. Der Demonstrationszug, der sich an sie anschloß, fand den Weg durch die Friedrichstraße nach der

französischen Kommandantur durch Sicherheitspolizei versperrt, hinter der eine französische Husarenschwadron und eine französische Maschinengewehrkompagnie stand. Versuche der Polizei und der Ordner aus der Arbeiterschaft, den Zug umzuleiten, gelangen nur zum Teil. Unbesonnene Elemente begannen mit Schimpfereien auf die Franzosen. Durch die drohende Haltung der Menge veranlaßt, machten sich die französischen Kavalleristen angriffsfertig und gingen bald darauf mit gezogenem Säbel zum Angriff gegen die Menge vor.

Es kam zum Handgemenge mit dem Erfolg, daß mehrere Husaren stürzten und andere vom Pferde gerissen wurden. Der Rest machte Kehrt und zog sich zurück. Ein gleiches Schicksal hatten die Attacken weiterer Züge der französischen Kavallerie. Die erregte Menge warf nun mit Flaschen, Pflastersteinen und ähnlichen Dingen, aber nochmals gelang es der Polizei, die Menge zurückzutreiben.

Der Angriff auf die Franzosen.

Der französische Militärbefehlshaber gab jetzt nach und befahl, die Säbel und Seitengewehre einzustecken. Als die Menge das sah, verlangte sie den Rückzug der Truppen. Auf die Ablehnung des Militärbefehlshabers begann ein regelrechter Sturm gegen die Besatzungstruppen. Die Sicherheitspolizei wurde durchbrochen. Die französischen Husaren, die ihre Pferde nicht mehr in der Gewalt hatten, wichen zurück.

Nun eröffnete die französische Maschinengewehrkompagnie das Feuer auf die Menge. Zugleich explodierte in der Mitte der Massen eine Handgranate. Die Menge flüchtete darauf panikartig, etwa 10 Menschen lagen in ihrem Blute.

Schnell verbreitete sich die Nachricht in den umliegenden Straßen. Unbesonnene Elemente stachelten die Menge zu erneutem Vorgehen auf. Es wurden Rufe laut, daß der polnische Arzt Dr. Mielecki, dessen Haus an der Straße lag, die Handgranate geworfen habe. Die Massen stürmten das Haus, zerrten den Dr. Mielecki auf die Straße, und hier wurde er von der Menge erschlagen. Versuche der Sicherheitspolizei ihn zu retten, blieben vergeblich.

Inzwischen hatte sich eine Abordnung von Arbeiterführern in die Kommandantur begeben, und forderte Abzug und Entwaffnung der französischen Truppen. Eine

Gegenforderung des Kommandanten, den freien Abzug mit Waffen zu gestatten, wurde von den Arbeiterführern abgelehnt. So verliefen die Verhandlungen ergebnislos.

Als das bekannt wurde, forderten Hetzer in den Massen zum Sturm auf die Kommandantur auf. Zunächst wurden zwei Waffengeschäfte geplündert und Waffen aus anderen Verstecken herangeschafft, sodaß bald eine Menge bewaffneter Zivilpersonen durch die inzwischen dunkel gewordenen Straßen zog. Kurze Zeit darauf griff die Menge die französische Hauptwache in der Nähe der Post an, die sich mit Maschinengewehrfeuer verteidigte. Nachts 2 Uhr, als beim französischen Militärbefehlshaber die Meldung eintraf, die Menge sei in die Wache eingedrungen, wurden mehrere französische Maschinengewehrzüge zum Entsatze entsandt. Es entwickelten sich Schießereien auf allen wichtigeren Straßenzügen, die erst beim Morgengrauen des 18. August verstummten.

Der Kreiskontrolleur hatte am 17. August abends 5 Uhr den Belagerungszustand über den Stadtkreis Kattowitz verhängt, nicht aber über den Landkreis. Da interalliierte Verstärkungen noch nicht eingetroffen waren, wurden alle verfügbaren Kräfte der Infanteriehundertschaften der Sicherheitswehr von außerhalb herangezogen, sodaß schließlich 250 Beamte zur Verfügung standen.

Am Morgen und Mittag des 18. August herrschte darauf Ruhe, obwohl die Straßen sehr belebt waren und man recht viele zweifelhafte fremde Elemente in der Stadt sah. Die Stimmung der Bevölkerung blieb deshalb äußerst erregt, insbesondere in Anbetracht der nicht unerheblichen Opfer, die die Straßenkämpfe gefordert hatten. Eine an den Kreiskontrolleur gerichtete Aufforderung, Verstärkungen der Ententetruppen heranzuziehen, wurde dahin beantwortet, Verstärkungen wären noch nicht da, man müsse Zeit gewinnen.

6½ Uhr nachmittags wollte man Miniergeräusche im Keller der Kommandantur gehört haben. Der Kreiskontrolleur und der Militärbefehlshaber entschlossen sich daraufhin, das Gebäude mit der gesamten Kommission und Besatzung zu verlassen und nach der Kaserne außerhalb der Stadt überzusiedeln. Ein Spalier der Sicherheitspolizei sicherte den Abzug der Franzosen.

Die Erstürmung des Deutschen Hauses.

Inzwischen war die Nachricht verbreitet worden, daß aus dem polnischen Plebiszitkommissariat im

„Deutschen Hause" Schüsse gefallen und Handgranaten geworfen worden seien. Es hieß, daß in der Nacht Waffen und Munition in das Kommissariat geschafft seien. Der Kriminaloberwachtmeister Janus, der eine Haussuchung vornehmen wollte, wurde als Geisel von den Polen festgesetzt. Ein Kommando der Sicherheitspolizei, das nunmehr folgte, wurde auf der Treppe mit Erschießen bedroht; als es sich zur Wehr setzte, warfen die Polen Handgranaten auf die Straße. Daraufhin durchbrach die Menge die Absperrungslinie der Sicherheitspolizei und stürmte das Haus, aus dem mit Gewehren und Revolvern geschossen wurde. Es wurde im Erdgeschoß Feuer angelegt, das bald das ganze Gebäude in Flammen setzte. Die erbitterte Menge wollte selbst Löschversuche der Feuerwehr nicht zulassen. Die polnische Besatzung des Kommissariats wurde auf dem Dache, auf das sie geflohen war, nach Gegenwehr entwaffnet und abgeführt.

Abends 10½ Uhr bildeten sich wiederum große Demonstrationszüge. Es gelang aber allmählich, die erregten Massen zu zerstreuen. Dunkle Elemente von außerhalb nutzten die Gelegenheit aus, um zur Plünderung polnischer Läden aufzufordern. Im ganzen wurden 4 polnische Geschäfte ausgeplündert. Nachts 1 Uhr trat dann Ruhe ein.

In der Frühe des 19. August trafen die ersten Verstärkungen der alliierten Truppen in drei Panzerautos ein. Sie feuerten beim Durchfahren der Straßen rücksichtslos auf jeden Passanten sowie gegen alle erleuchteten oder geöffneten Fenster. Es gab Tote und Verwundete. Dann kamen zwei Bataillone Italiener an. Den Befehl übernahm General Graf Gratier aus Oppeln. Die Straßen wurden von Panzerwagen abpatrouilliert. Jede, auch die kleinste Ansammlung wurde durch Schüsse zerstreut, wobei es abermals Tote und Verwundete gab.

Um 5 Uhr nachmittags verlas General Gratier den versammelten Vertretern der Zivilverwaltungsbehörden und den Arbeiterführern eine in sehr scharfem Tone gehaltene Erklärung. Er drohte, sie sämtlich als Geiseln festzunehmen. Die Einwände der Arbeiterführer wurden von ihm kurz abgelehnt.

Damit waren die rein örtlichen Zwischenfälle in Kattowitz abgeschlossen.

IV.
Die polnischen Machenschaften.

Seit langer Zeit wußte man, daß polnische Kampforganisationen bestanden. Die deutsche Regierung hatte der interalliierten Kommission und den Regierungen in Paris, London und Rom schon im Mai 1920 Geheimdokumente aus dem polnischen Hauptquartier übergeben, die nicht nur den Beweis für das Bestehen der Kampforganisationen, sondern auch für ihre Absicht, die Bestimmungen des Friedensvertrages außer acht zu lassen und eine gewaltsame Lösung der Abstimmung herbeizuführen, erbrachten. Es lagen schon damals Beweise vor, daß auf oberschlesischem Boden polnische Waffen- und Munitionslager angelegt waren.

Die polnische Kampforganisation war rein militärisch organisiert. Ihr Rückgrat bildeten die Sokolvereine, die seit 2½ Jahrzehnten in Oberschlesien bestanden und deren Gründung von vornherein den Zweck trug, daß sie im Falle der Durchführung der polnischen Absichten als Kampfestruppe dienen sollten. Seit Ende 1918 wurden die Sokolvereine in den deutschen Grenzgebieten von den Polen mit Waffen versehen. In Czenstochau wurde sogar aus Sokolmitgliedern ein Beuthener Schützenregiment gebildet, das den polnischen Kriegervereinen in Oberschlesien als Rückhalt diente. Den Hauptträger der polnischen Gewaltabsichten stellte aber die Oberschlesische P. O. W. (polska organizacia wojskowa) dar, die vollständig militärisch mit eigenem Stab organisiert war. Sie war es, die den blutigen Aufstand im Oktober 1919 in Szene setzte. Ihr Bestehen war der deutschen Regierung bekannt. Im August 1920 gelangte die deutsche Regierung erneut in den Besitz von zahlreichen polnischen Dokumenten, und zwar Operationsplänen, Organisationsbefehlen und Organisationsberichten, die einen abermaligen Beweis für die Absicht einer gewaltsamen Besetzung Oberschlesiens

durch die Polen erbrachten. Dieses Material wurde zum großen Teile am 30. Juli 1920 einem polnischen Geheimkurier, der abends bei dem Dorfe Brzyczowitz, 4 km nordöstlich von Beuthen, den Grenzfluß Brinitza nach Polen hin zu durchschwimmen suchte, von einem deutschen Zollaufseher abgenommen.

Die Kampforganisation der Polen.

Die dem Geheimkurier abgenommenen Beweisstücke ergaben ein genaues Bild der geheimen polnischen Kampforganisation, die die polnisch gesinnte Bevölkerung zu einer militärisch organisierten Macht zusammenzufassen bezweckte. In ihr vereinigten sich auch demobilisierte oder sogar bis zur Abstimmung beurlaubte Angehörige der polnischen Armee, besonders der Hallertruppe, sowie sonstige aus Polen herübergekommene Elemente. Die Organisation teilte das oberschlesische Abstimmungsgebiet in 9 Bezirke, die Ende 1920 in 74 Rayons untergeteilt waren. Innerhalb der Bezirke sind die Rayons entsprechend der Verwaltungseinteilung in 17 Bezirke zusammengefaßt, deren jeder von einem Bezirkskommandanten geleitet wurde.

Den Kern der polnischen Kampftruppe bildeten sogenannte Zehnerschaften, die zugleich die kleinsten örtlichen Kampfeinheiten sind. Sie bestehen aus einem Zehnerführer, seinem Vertreter und acht ausgesucht tüchtigen Leuten und sind mit Waffen genügend ausgerüstet. Solche Zehnerschaften bestehen je nach Menge der verfügbaren Waffen in jedem Rayon; im Falle einer Vergrößerung des Waffenbestandes werden weitere gebildet. Der Rest der zur Verfügung stehenden Mannschaften wird zu unbewaffneten Zehnerschaften zusammengefaßt, die möglichst nahe beieinander wohnen und dauernd miteinander verkehren sollen, um zu einer Kampfeinheit zusammenzuschmelzen.

In jedem der 74 Rayons befindet sich ferner eine Sturmzehnerschaft und eine Maschinengewehrzehnerschaft, um die sich die Infanteriezehnerschaften gruppieren. Die Sturmzehnerschaft enthält zwei Sturmgruppen, die Maschinengewehrzehnerschaft zwei Bedienungen für Maschinengewehre. Führer und Mannschaften sind durchweg ehemalige Angehörige entsprechender Truppenteile und werden von den Bezirkskommandanten ausgewählt. 15 Zehnerschaften bilden eine Kompagnie zu drei Rotten. Die Kompagnieführer halten durch besondere Kuriere Verbindung mit dem Bezirkskommando. Jede Kompagnie bildet Stoßtrupps in Stärke von 15—20 Mann.

Den Bezirkskommandanten übergeordnet ist der Rayonführer. Der Bezirkskommandant ist nur dem Oberkommando verantwortlich. Sämtliche Bezirkskommandanten versammeln sich durchschnittlich alle 14 Tage in Beuthen. Hier erstatten sie Bericht und erhalten Befehle, die sie nach ihrer Rückkehr ihren Kreisleitern und Rayonführern weitergeben, die sie dann wieder den Mannschaften mitteilen. In besonders gespannten Zeiten finden außerdem vertrauliche Versammlungen aller Kompagnieführer statt, in denen nähere Anordnungen über Kampfaufgaben, Alarmorte, Alarmzeichen, Waffen- und Munitionsausgabe usw. gegeben werden und in denen die Kompagnieführer mit den Aktionsplänen bekannt gemacht werden.

Den Bezirkskommandanten liegt es ob, örtliche Aktionspläne auszuarbeiten, schwarze Listen von mißliebigen Deutschen zu führen und Verzeichnisse der wichtigen Industrieanlagen anzulegen. Im Laufe von zwei Wochen werden durch die Organisation die Anleitung des Oberkommandos bis in die Zehnerschaften hinein bekannt gegeben und mit den nötigen Einzelanweisungen versehen.

Die Rayonführer haben außerdem Organisationsversammlungen und Unterhaltungsabende abzuhalten, sowie neue Leute für die Geheimorganisation zu werben. Sie sollen möglichst alle Mitglieder der Geheimorganisation ihres Gebietes persönlich kennen. Sie bestimmen die Alarmstellen und lassen ab und zu die Zehnerschaften probeweise antreten. Ihre Aufgabe ist es auch, dafür zu sorgen, daß Versammlungen deutschgesinnter Teile der Bevölkerung gesprengt werden.

Unabhängig von dieser gesamten Organisation bestehen noch besondere Kampforganisationen, die dem Oberkommando unmittelbar unterstehen. Bis zum 28. Juni 1920 waren im Abstimmungsgebiet sieben derartige aktive und 12 derartige Reservekampfabteilungen gebildet.

Die Finanzierung der aktiven Kampfabteilungen geschieht vom Oberkommando. Befehl zu ihrem offensiven Vorgehen erläßt lediglich der Referent der Kampfabteilung beim Oberkommando im Einverständnis mit dem Oberkommandierenden und dem Chef des Stabes. Die Abteilungsführer der aktiven Abteilungen versammeln sich alle acht Tage beim Oberkommando und halten zweimal täglich innerhalb der Abteilung Zusammenkünfte ab.

Auch die Bildung weiblicher Hilfsformationen wurde Anfang Juli 1920 durch einen besonderen Organisationsbefehl angeordnet. Sie sind nach dem Vorbilde der männlichen Organisation geschaffen: an der Spitze der örtlichen Gruppen stehen die Leiterinnen der örtlichen Vereine. Sie sollen im Sanitäts- und Kurierdienst Verwendung finden. Ihre Mitglieder werden ebenso vereidigt wie die Mitglieder der männlichen Organisationen.

Das im übrigen noch zur Verfügung stehende Menschenmaterial, das in den zahlreichen polnischen Vereinen sowie in den polnisch gesinnten Bergbau-, Industrie- und Eisenbahnarbeitern vorhanden ist, bildet den sogenannten „polnischen Selbstschutz". Dadurch sind Hilfstruppen geschaffen, die bei einer Aktion zu Sonderzwecken zur Verfügung stehen.

Der Umfang der polnischen Organisation.

Umfang, Aufbau und Gliederung der ganzen polnischen Kampforganisation ist selbstverständlich nur wenigen vertrauenswürdigen Personen bekannt und wird von diesen streng geheim gehalten. Ein großer Teil der Einzelmitglieder wird in dem Glauben gehalten, daß es sich bei der Bildung der Organisation nur um ein Mittel zur Verteidigung gegen deutsche Angriffe handelt.

Die Mitgliederzahl der geheimen Kampforganisation betrug am 1. Juli 1920 nach einer polnischen Zusammenstellung insgesamt 11 736 Köpfe. Am stärksten war die Organisation in den jetzt vom Aufstand am meisten heimgesuchten Bezirken, und zwar in den Kreisen Kattowitz, Pleß, Tarnowitz, Beuthen, Post-Gleiwitz, Hindenburg, Ratibor und Rybnik vertreten, am schwächsten in den Kreisen Cosel und Neustadt, in denen während der Aufstandszeit nahezu völlige Ruhe herrschte.

Die Zehnerschaften sind zum größten Teil im Besitz von Waffen und Munition; zum Teil werden die Waffen kurz vor Beginn einer Aktion besonderen geheimen Waffenlagern entnommen. Frühere Aufstände beweisen, daß außerdem noch sehr erhebliche Bestände von Waffen und Munition auf polnischem Boden dicht an der Grenze lagern und erst bei Beginn eines Aufstandes auf deutsches Gebiet geschafft werden.

Aus den Berichten der polnischen Bezirkskommandanten an das polnische Oberkommando läßt sich eine genaue Zusammenstellung machen, wieviel Waffen und Munition Anfang Juli in den einzelnen Bezirken vorhanden waren. Diese Berichte geben für jeden Bezirk die Zahl der Gewehre und Pistolen, Handgranaten, Karabiner usw. an. Die Bestände wurden zum Teil unter Decknamen verzeichnet.

Für Mitte Juli war folgender Bestand vorhanden: 1205 Gewehre und Karabiner, 55 237 Gewehrpatronen, 953 Pistolen, 11 244 Pistolenpatronen. Außerdem waren in einzelnen Bezirken auch Maschinengewehre vorhanden, so z. B. in Jastrczemb 15 schwere Maschinengewehre und 6 Waggons Munition aus Somowize. Kurz vor dem Aufstand wurden größere Mengen an Waffen und Munition nach Oberschlesien hereingebracht, sodaß der augenblickliche Waffen- und Munitionsbestand ein wesentlich höherer sein dürfte.

Der Operationsplan.

Selbstverständlich ist auch für den Beginn einer Operation für diese ein bis ins einzelnste durchgearbeiteter Operationsplan bereit gehalten, der sich völlig militärisch aufbaut. Als Operationsbasis ist nach diesem Plan das östliche Drittel des gesamten Abstimmungsgebietes vorgesehen. Dieser Basis sollen sich die geheimen Kampforganisationen bemächtigen, um von ihr aus dann die Besetzung des gesamten Abstimmungsgebietes durchzuführen.

Hierbei scheinen auf polnischem Gebiete bereitgestellte Streitkräfte mitwirken zu sollen. Die Besetzung der Operationsbasis bezweckt, ein schnelles Heranführen der in Polen zusammengezogenen Streitkräfte mit der Bahn zu ermöglichen. Von der Westgrenze der Basis, die als Rückhalt der dann weiter vorgehenden Kräfte dient, werden die einzelnen Teile der Operationstruppen dann weiter bis an die Ostgrenze des gesamten Abstimmungsgebietes vorgeworfen, um so das gesamte Abstimmungsgebiet in ihre Gewalt zu bekommen.

Der Truppenbestand.

Die Kopfstärke der geheimen Kampforganisation der Polen wird im Juli 1920 auf 7124 Mann angegeben. Davon standen im Kreise Pleß 1018, im Kreise Kattowitz 1497, in den Kreisen Beuthen und Tarnowitz 3397 und im Kreise Hindenburg 1212 Mann. Aus diesen Kräften sollten gebildet werden 1 Infanterieregiment zu 4 Bataillonen in Stärke von 5000 Mann, 4 Stoßtruppkompagnien und 4 Maschinengewehrkompagnien mit je 110 Mann. Außerdem befanden sich im Juli im Gebiet der Operationsbasis 3 aktive und 3 Reservekampfabteilungen, deren Stärke nicht bekannt ist.

Der Verband der Haller-Truppen, der bei der gewaltsamen Besetzung mitwirken sollte, zählte Anfang Juli nach polnischen Angaben 2000 Mann, von denen 1000 sich bereits in Oberschlesien befanden. Über die Stärkeverhältnisse des polnischen Selbstschutzes liegen keine Angaben vor. Ein polnischer Befehl veranschlagt Anfang Juli die vorhandenen Kräfte auf rund 11 000 Mann, für die 10 000 Gewehre, 15 Millionen Patronen, 10 000 Handgranaten und 500 Revolver für notwendig befunden wurden. Anfang Juli war nur ein kleiner Teil dieser Waffen vorhanden, und es wurde deshalb sofort ein größerer Waffentransport aus Polen angefordert.

Im polnischen Oberkommando besteht ein Inspektorat des Selbstschutzes der Gruben. Für die Leitung der gewaltsamen Aktion und die Besitzergreifung der Gruben war in jeder Grube ein Vertrauensmann bestimmt, der die innere Organisation in der Grube

durchzuführen hatte. Diese sollte aus Zehnerschaften bestehen, die sich in Rayons zusammenzuschließen hatten. Eine gleiche Organisation bestand in den Hütten. Das Ziel der Organisation des Selbstschutzes war, sich sofort bei Beginn der Aktion der Gruben und der Hütten zu bemächtigen. Dasselbe Ziel hatte der Selbstschutz der Eisenbahnen für den gesamten Eisenbahnbetrieb und der Selbstschutz größerer Industrieanlagen. Auch hier lag die Bildung von Zehnerschaften der Gesamtorganisation zugrunde.

Als ein weiteres Glied der Schutzorganisation ist der „Verein der Selbsthilfe ehemaliger oberschlesischer Kriegsgefangener“ anzusehen, der am 23. Mai in Kattowitz gegründet wurde. Aus vertraulichen polnischen Darlegungen geht hervor, daß der Name des Vereins nur ein Deckmantel ist, hinter dem sich eine militärische Zusammenfassung aller demobilisierten und beurlaubten polnischen Soldaten verbirgt. Das Ministerium für militärische Angelegenheiten in Warschau hatte durch Befehl vom 11. Mai den demobilisierten polnischen Soldaten in Oberschlesien ihre vollen früheren Gebührnisse zuerkannt. Die Auszahlung sollte durch die Funktionäre der polnischen Kampforganisation erfolgen, jedoch erwies sich dieser Zahlungsweg als undurchführbar. Die Auszahlung der Gelder erfolgte daraufhin durch das polnische Rote Kreuz für Oberschlesien in Beuthen. Den Haller-Soldaten wurden, bevor sie die oberschlesische Grenze überschritten, von den Polen sämtliche Militärpapiere abgenommen.

Das polnische Oberkommando.

An der Spitze der Organisation steht das „Oberste Kommando“, das in Sosnowice, 4 km jenseits der deutsch-polnischen Grenze, seinen Sitz hat. Es besteht in seiner jetzigen Zusammensetzung seit Ende Mai 1920 und bildet eine umfangreiche Behörde mit rein militärischem Aufbau. Es ist für alle Organisationsarbeiten im Abstimmungsgebiet verantwortlich und hat allein das Recht, Befehle an die einzelnen Organisationen zu erlassen. Ferner liegt ihm die Pflicht ob, sich mit den „Höheren Behörden“ zu verständigen.

Das polnische Oberkommando untersteht dem Oberkommandierenden Zgrzebniok (Deckname Rudolf Ramas), dem als Chef des Stabes Laskowski zur Seite steht. Der Stab besteht aus 243 Köpfen und zwar aus Offfzieren, Unteroffizieren und einigen Gemeinen. Das Oberkommando verfügt über 9 selbständige Unterabteilungen und eine Kanzlei.

Jeder Unterabteilung ist ein besonderes Feld der Tätigkeit zugeteilt; so bearbeitet Abteilung 1 die gesamte geheime Organisation. Abteilung 2 leitet den Kundschafterdienst. Jedem der Bezirke und Kreise Oberschlesiens steht ein Kundschafter zur Verfügung, außerdem 3 Kundschafter für besondere Zwecke. Der Kundschafterdienst erstreckt sich auch auf die eigenen Leute der Polen, da das Oberkommando diesen anscheinend selbst nicht recht traut. Die Abteilung 3 wurde im Juli von Sosnowice auf oberschlesisches Gebiet verlegt; sie behandelte die Personalangelegenheiten und diente insbesondere der Aufklärung der Mitglieder der geheimen Kampforganisation. Abteilung 4 war für die Beschaffung der Waffen zuständig, Abteilung 6 bearbeitete die Kurierverbindungen zwischen dem Oberkommando, den Bezirken, Kreisen und Rayons. Hierfür standen im Juni 27 Kuriere und 21 Fahrräder zur Verfügung. Abteilung 7 lag die Bearbeitung der Presse, die Veranstaltung von Informationsvorträgen usw. ob.

Der polnische Aufmarsch.

Unter dem aufgefundenen Material befindet sich eine polnische Operationskarte, auf der die Truppensammelorte und die Vormarschstraßen genau eingezeichnet sind.

Aus der Karte ersieht man, daß polnische Streitkräfte von jenseits der Grenze in enger Verbindung mit der Oberschlesischen Kampforganisation auf bestimmten Linien vorstoßen und das gesamte Abstimmungsgebiet in Besitz nehmen sollen. Die Kampforganisation hat die Aufgabe, zunächst auch das gesamte Eisenbahnnetz zu besetzen und dadurch das Heranbringen deutscher Truppen zu verhindern. Wenn das gelungen ist, sollten die in Polen bereit gehaltenen Streitkräfte sofort an die Westgrenze des Absimmungsgebiets durchrücken.

Aus der polnischen Operationskarte ist auch die Bereitstellung der Formationen in Polen genau ersichtlich. Es sind in die Karte eingezeichnet Truppenabteilungen bei Czenstochau, Bendzin, Sosnowice, Jaworzno und Jelen, sowie bei Oswiecim. Über die Stärke der einzelnen Gruppen gibt die Kartekeinen Aufschluß. Nach Meldungen aus anderer Quelle kann man aber annehmen, daß jede Gruppe etwa in der Stärke eines Regiments vorgesehen ist.

Die einzelnen Gruppen sollen zunächst mit der Eisenbahn bis zur Westgrenze der Operationsbasis, die in der Linie Lublinitz-Gleiwitz-Loslau liegt, vorgeworfen werden. Ist dieser Aufmarsch vollzogen, so soll von dort aus der Rest des Abstimmungsgebietes besetzt werden. Zu diesem Zweck treten die einzelnen Einheiten, die über die ganze Operationsbasis verteilt sind, den Vormarsch zur Westgrenze an. Jeder Truppeneinheit ist eine eigene Marschstraße zugewiesen, sodaß durch das gesamte Gebiet die Besetzung erfolgen kann.

Der Weg, den die Truppen zurücklegen müssen, beträgt durchschnittlich 60—70 km, sodaß, wenn sie keinen besonderen Widerstand finden, in 2 bis 3 Tagen die Westgrenze des Abstimmungsgebietes erreicht und somit das gesamte Abstimmungsgebiet im Besitz der Polen wäre. Zur Unterstützung des Vormarsches ist auch der Transport mittelst der Eisenbahn im einzelnen vorgesehen. Nach Durchführung der gesamten Operation würden die polnischen Streitkräfte in 10 Truppeneinheiten hart an der Westgrenze Oberschlesiens gleichmäßig verteilt auf der Linie von Kostau (Kreis Kreuzburg) bis Simsdorf (Kreis Neustadt) stehen

Das polnische Geheimmaterial.

Das Weißbuch bringt in einer Anlage eine Menge Geheimmaterial der Polen, das in deutsche Hände gelangt ist. Dieses Geheimmaterial gibt eine genaue Übersicht der gesamten polnischen Organisationen. Es teilt die Zahl der Mitglieder dieser Organisation unter genauer Angabe der einzelnen Orte, Bezirke und Rayons mit. Verschiedene Organisationsbefehle werden im Original wiedergegeben. Auch vertrauliche Mitteilungen des polnischen Hauptkommandos sind im Original beigefügt. Es kommt hinzu eine große Anzahl von Berichten der einzelnen Vertrauenspersonen und Befehlshaber. Auch Musterbeispiele über die Löhnungszahlung der Haller-Soldaten sind wiedergegeben. Die Zusammensetzung des obersten Kommandos in Sosnovice, sowie Rapporte dieses Kommandos sind wörtlich aufgeführt, ebenso der gesamte Etat des Oberkommandos.

Nicht ohne Interesse ist eine Verfügung über die Kurierlinien, die einzurichten sind, sowie über die Zahl der Kuriere, die zur Verfügung stehen. Die Bezirksfunktionäre der Polen sind für die einzelnen Orte und Bezirke namentlich aufgeführt. Bezeichnend ist, daß für jeden von ihnen zugleich ein Deckname in den Listen verzeichnet ist.

Endlich enthält das Weißbuch 14 photographische Wiedergaben wichtiger polnischer Originale, sowie eine Anzahl von Karten, die aus polnischem Besitze stammen.

V.
Der polnische Aufstand.

Für den Aufstand des Jahres 1920 war von den Polen der 18. August, der Jahrestag des Aufstandes vom Jahre 1919, in Aussicht genommen. Man glaubte für diesen Tag eine starke nationale Begeisterung der polnischen Bevölkerung anregen und mit ihrer Hilfe den Aufstand ins Werk setzen zu können.

Ein Befehl des polnischen Oberkommandos vom 14. August 1920 suchte eine solche Begeisterung dadurch hervorzurufen, daß er mitteilte, es lägen Nachrichten vor, daß der Generalstreik von deutscher Seite an diesem Tage ausgerufen werden solle; sollte das der Fall sein, so müsse der Generalstreik zum Ausgangspunkt der polnischen Aktion gemacht werden, und die Kommandanten sollten sofort mit ihrer Tätigkeit beginnen. Man hatte auf diese Weise zugleich einen äußeren Anlaß zu dem Vorgehen gesucht, um die wahren Absichten zu verschleiern.

Nun kam allerdings der Generalstreik nicht, jedoch gaben die Vorgänge in Kattowitz vom 17. bis 19. August den ersehnten äußeren Anlaß zum Durchschlagen. Die Aufstandsbewegung begann am 19. August in einem schmalen Streifen an der deutsch-polnischen Grenze östlich von Kattowitz, und zwar von Laurahütte bis Neu-Berun, und breitete sich am 20. August, etwas nach Westen ausschreitend, über alle Ortschaften bis zur Linie Kattowitz—Neu-Berun aus. Der Sitz des polnischen obersten Kommandos aus Sosnowice befand sich in Eichenau, 4 km östlich von Kattowitz; von hier aus wurde die ganze Bewegung geleitet.

Der Aufstand wurde genau nach den vorbereiteten Plänen eingeleitet. Zunächst fanden an mehreren Grenzorten, so besonders in Slupna-Gieschewald, Janow, Schoppinitz und Wilhelminenhütte am 19. August nachmittags polnische Versammlungen statt, in denen zum Kampf aufgerufen und an die polnische Be-

völkerung Waffen und Munition verteilt wurde. Die Folge davon war, daß sich in diesen Grenzorten überall bewaffnete Banden bildeten, die dann schnell nach Westen vordrangen. Sie besetzten am 20. August Rodszin, Bogutschütz und Myslowitz, sowie die östlich von Kattowitz gelegenen Orte und nahmen hier den Kampf mit der Sicherheitspolizei auf.

Die schwache Zahl der Sicherheitspolizei nötigte diese nach schweren Kämpfen durchweg zum Rückzug nach Westen. So mußte sich die Sicherheitswehr aus Bogutschütz nach Kattowitz zurückziehen. Eine in Myslowitz eingeschlossene Hundertschaft wurde nach siebenstündigem schwerem Gefecht durch Munitionsmangel gezwungen, sich den polnischen Banden zu ergeben. Sie wurde entwaffnet, nach Sosnowice abgeführt, von wo aus sie dann am 21. August von den Franzosen nach Rybnik überführt wurde.

Am 21. und 22. August fraß der Aufstand schnell weiter nach Westen und Nordwesten und ergriff die ganzen Kreise Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg und die Osthälfte des Kreises Pleß. Gleichzeitig entstanden örtlich voneinander getrennt zwei neue Aufstandsheere in Südwestteilen des Kreises Rybnik und im Südteile des Kreises Lublinitz, die in nördlicher und westlicher Richtung zangenartig in das noch vom Aufstande unberührte Gebiet hineinragten. Sie hatten den Zweck, das Vorgehen der Banden aus der Linie Laurahütte-Neu-Berun in westlicher Richtung zu unterstützen.

Im östlichen Aufstandsgebiet besetzten die sich schnell bildenden bewaffneten Banden fast alle Ortschaften der Kreise Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg und die Osthälfte des Kreises Pleß. Die Insurgenten traten überall schwer bewaffnet auf und bildete sich in jedem einzelnen Orte eine polnische Miliz, die die deutsche Bevölkerung auf das stärkste terrorisierte, Haussuchungen nach Waffen abhielt und zahlreiche Verhaftungen vornahm, jeden freien Verkehr unterband und das Aufstandsgebiet von dem übrigen Lande abschloß. Alle deutschgesinnten Amts- und Gemeindevorsteher wurden abgesetzt, die Lehrer mißhandelt und verfolgt.

Die polnischen Ortskommandanten rissen die örtliche Gewalt an sich. Das erste Bestreben aller Insurgenten war, den Polizeibeamten, Förstern usw. die Waffen abzunehmen und die Bewaffnung ihrer eigenen Leute damit zu ergänzen. Hand in Hand mit diesem Aufstande im Industriegebiet ging die Stillegung der Werke, in denen man die Arbeitswilligen gewaltsam aus den Werken hinaustrieb.

Die Besetzung der großen Städte wie Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg, Zaborze, Königshütte und Kattowitz gelang zwar nicht, jedoch wurden diese Zentren vom Verkehr abgeschlossen und zum Teil durch die polnischen Kampforganisationen angegriffen.

So wurde in Beuthen am 21. und 22. August in den Vororten, besonders in der Richtung nach Roßberg, gekämpft. Zwei Vororte, Städtisch-Dombrowa und Schwarzwald-Kolonie fielen in die Gewalt der Polen, während der Stadtteil Friedenshütte in heftigem Kampfe gehalten wurde. Später mußte sich die Sicherheitspolizei in Beuthen allerdings auf den Befehl des französischen Kreiskontrolleurs in die Kaserne zurückziehen und wurde dort interniert.

In Kattowitz drangen am 21. August polnische Banden bis zum Landratsamt vor, wurden jedoch wieder aus der Stadt herausgeworfen. Auch hier wurde die Sicherheitspolizei auf Befehl der interalliierten Kommission nach den Kasernen zurückgezogen.

Die Vorgänge in Nikolai.

Im Kreise Pleß wurde die Stadt Nikolai von den Polen kampflos besetzt, nachdem die französische Besatzung abgezogen und die Sicherheitspolizei auf französischen Befehl entwaffnet und unter Bewachung durch französische Truppen nach Kattowitz abgeführt worden war.

Nikolai war am 21. August von den Polen vollständig eingeschlossen, die eine Stärke von 2—3000 Mann hatten. Über die Vorgänge, die sich hier am 21. und 22. August abspielten, gibt der Kommandant der dortigen Sicherheitswehr, Oberleutnant von Siegroth, einen Bericht, dem das Folgende zu entnehmen ist:

In Nikolai lag eine französische Maschinengewehrkompagnie von den XV. Jägern zu Fuß ganz in der Nähe der Kaserne der Sicherheitspolizei. Der französische Hauptmann lehnte das Ersuchen des Oberleutnants von Siegroth, der Sicherheitspolizei, falls sie überfallen werde, Schutz zu gewähren rundweg mit der Begründung ab, daß er nur auf schriftlichen Befehl seines Generals handeln könne und es eigene Sache der Sicherheitspolizei sei, sich zu verteidigen. Er verbot sogar der Sicherheitspolizei, Patrouillen außerhalb der Stadt zu schicken, obwohl 20 Beamte der Sicherheitspolizei mit einer 150 Mann starken polnischen Bande auf einer Erkundungsstreife ein Feuergefecht geführt hatten. Erst am Abend

des 21. August wurde der französische Hauptmann namens Rosenkrantz durch eine telephonische Mitteilung des italienischen Kreiskontrolleurs von Pleß bewogen, die französische Kompagnie zu alarmieren.

Am 22. August erhielt die französische Kompagnie Abmarschbefehl. Oberleutnant von Siegroth begab sich sofort zu dem französischen Hauptmann, erklärte ihm, daß die Sicherheitspolizei nicht allein zurückbleiben könne und bat, sie mitzunehmen. Der Hauptmann lehnte dies glatt ab, worauf Oberleutnant von Siegroth ihm mitteilte, daß die Sicherheitspolizei sich dann den Franzosen ohne weiteres anschließen werde.

Als die Franzosen im Lastauto abfuhren, kam gerade telephonisch der Befehl des Kreiskontrolleurs, daß sie vorläufig in Nikolai zu bleiben hätten. Die Autos waren jedoch schon abgefahren und nicht mehr zu erreichen. Ein französischer Sergeant, der gerade als letzter mit zwei französischen Maschinengewehren ausrückte, erklärte, auf diesen Befehl nicht reagieren zu können. Die Sicherheitspolizei schloß sich darauf diesen beiden französischen Maschinengewehren an.

Vom Rande des Petrowitzer Waldes erhielt die Abteilung Feuer, worauf sie Halt machte. Ein französischer General, der von Nikolai im Auto vorbeikam, lehnte ein Ersuchen des Oberleutnants von Siegroth um einen schriftlichen Befehl an jegliche französische Truppe, die Sicherheitspolizei unbedingt zu schützen, glatt ab und fuhr weiter.

Nach einiger Zeit kam der Großpole Hamelock aus Nikolai und erbot sich, zwischen der Sicherheitspolizei und den Insurgenten vermitteln zu wollen. Er erklärte, freien Durchzug gewähren zu können, wenn die Sicherheitspolizei an die Franzosen die Waffen abgebe. Das lehnte Oberleutnant von Siegroth ab. Erst als ein französischer Leutnant einen Befehl von General Gratier überbrachte, daß er die Sicherheitspolizei entweder unter Abgabe ihrer Waffen an ihn durch die Insurgenten hindurchbringen oder dazulassen habe, entschloß sich Oberleutnant von Siegroth, die Waffen an die Franzosen abzugeben.

Die Sicherheitspolizei marschierte nunmehr zwischen den Franzosen weiter. Als sie an der Kaserne der Franzosen in Kattowitz angekommen waren, weigerte sich der französische Leutnant, die Waffen an die Sicherheitspolizei zurückzugeben. Es erschienen 30 bis 40 Franzosen und

Italiener und stellten sich mit aufgepflanztem Seitengewehr zu beiden Seiten der Marschkolonne auf. Auf den Protest des Oberleutnants von Siegroth, sie behandelten die Deutschen ja wie Gefangene, entgegnete dieser: „Das sind Sie ja auch!"

Die deutsche Bagage mußte nunmehr zurückbleiben, wurde völlig durchsucht und zum Teil beraubt. Es blieb ohne Erfolg, daß von deutscher Seite der französische Leutnant darauf aufmerksam gemacht wurde, wie die untersuchenden Soldaten stahlen. Die Wagen der deutschen Bagage kamen dann erst später der Sicherheitspolizei in die Kaserne nach. Das Gepäck des Oberleutnants von Siegroth wurde bis auf einen Uniformmantel völlig ausgeraubt.

Die Besetzung von Loslau.

Gleichzeitig begann im Kreise Rybnik der Aufstand. Die Städte Rohrau und Loslau wurden am 20. abends von den Polen besetzt.

Am 20. und 21. August wurde in Loslau bekannt, daß die Polen einen Überfall auf die Stadt beabsichtigten. Der stellvertretende Bürgermeister Sanitätsrat Dr. Pientka ersuchte vergeblich die maßgebenden Stellen, auch die der Alliierten, um Schutz, da nur 20 Mann Sicherheitswehr zur Verfügung standen.

Um 3,45 Uhr in der Nacht zum Sonntag drangen die Polen von allen Seiten mit Gewehrschüssen und Handgranatenfeuer gegen die Stadt vor, die lediglich von jungen Leuten der städtischen Bevölkerung verteidigt wurde. Diesen standen nur 2 Gewehre und höchstens 6 Revolver zur Verfügung, im übrigen waren sie nur mit Stöcken bewaffnet. Trotzdem gelang es ihnen, die Polen am Vordringen in das Innere der Stadt zu hindern, ein Pole wurde mit einem Gewehr und 40 scharfen Patronen gefangen genommen. Morgens merkte man, daß die Stadt von den Polen förmlich belagert wurde.

Kurz vor 3 Uhr fuhr ein Automobil mit 20 Franzosen beim Rathause vor. Der französische Leutnant begab sich mit dem Vertreter der Stadt zum polnischen Kommando in Wilchwa, wo die Polen dem Sanitätsrat Pientka die Bedingungen der Übergabe der Stadt bekanntgaben. Bei seiner Rückkehr gab Dr. Pientka der Bevölkerung die Bedingungen bekannt, die aber von dieser einstimmig entrüstet abgelehnt wurden. Dr. Pientka gab dem französischen Offizier den Beschluß der Bürgerschaft kund, der diese Nachricht schweigend entgegennahm.

Ein Franzose entgegnete auf die Bemerkung, daß die Kommission in Oppeln doch die Pflicht habe, für Ruhe und Ordnung zu sorgen: „Wir haben unsere Frauen und Kinder von 1914—1918 gegen Sie geschützt und haben nicht nötig, Ihnen einen Schutz angedeihen zu lassen". Ein anderer französischer Soldat deutete den Polen durch Schwenken mit dem Helm an, daß sie einrücken sollten.

Dann setzten sich die Franzosen auf ihr Automobil, fuhren ab und überließen die Stadt ihrem Schicksal. Um 6 Uhr setzte heftiges Revolver-, Gewehr- und Granatfeuer auf die Stadt ein, obwohl die Straßen der Stadt völlig von Menschen entblößt waren. Nun kamen die Polen in die Stadt, hißten auf dem Rathaus polnische Fahnen und errichteten im Hotel Kaiserhof eine Art Hauptquartier nebst Waffen und Gefangenenlager.

Am 23. August war die Stadt unter der Gewalt der Polen, deren Patrouillen, teils in Zivil, teils in verlotterter Kleidung, schwer bewaffnet die Straßen besetzt hatten. Haussuchungen nach Waffen dauerten während des ganzen Tages. Eine ganze Anzahl von Bewohnern der Stadt wurde gefangengesetzt.

Es wurde eine Verordnung des polnischen Kommandanten Michalski, eines Loslauer Drogeriebesitzers angeschlagen. Diese Verordnung gab das Folgende bekannt: Auf Grund des Belagerungszustandes sei jede Gewalt in die Hände des polnischen Militärs übergegangen, dem jeder Bürger der Stadt zu gehorchen habe. Die Sicherheit der Stadt liege in der Hand der Militär- und Polizeibehörde im Einvernehmen mit der polnischen Behörde. Die Verordnung drohte dann harte Strafen gegen die Nichtablieferung der Waffen an. Die Verordnung ist ein Beweis, in welcher Weise die Polen sich als Herren der Situation fühlten.

Am nächsten Morgen um 8 Uhr kamen endlich 2 Automobile mit Italienern an, deren Hauptmann Besprechungen mit dem Magistrat und den Stadtverordneten, sowie auch mit den polnischen Führern hatte. Der polnische Arzt Dr. Pawelletz äußerte hierbei, daß die Polen im Einverständnis mit den Franzosen den Putsch ausgeführt hätten.

Die Italiener nahmen darauf die Entwaffnung der polnischen Bande vor. Die Polen hatten noch die Frechheit, ein dreifaches Hoch auf Polen auszubringen; dann wurden sie von den Italienern aus der Stadt herausgebracht und entlassen. Damit war die Stadt von ihren Angreifern befreit.

Die Kämpfe um Myslowitz.

Über die Kämpfe, die die Hundertschaft der deutschen Sicherheitspolizei in Myslowitz zu führen hatte, gibt der Hundertschaftsführer Schulte-Tigges einen bemerkenswerten Bericht.

Der erste Angriff durch polnische Banden erfolgte am 20. August vormittags, wobei drei Polen fielen. Als gegen 12 Uhr einige kleine Stadtstreifen der Sicherheitspolizei von den Polen abgeschnitten war, wurde die französische Besatzung um Hilfe ersucht, lehnte aber diese mit der Begründung ab, daß zu wenig Mannschaften da seien. Auch spätere Bitten um Hilfe wurden abgelehnt.. Auch, als die Sicherheitspolizei allmählich von den Polen vollständig eingeschlossen worden war, blieben alle Ersuchen um Hilfe seitens der Deutschen fruchtlos.

Schließlich war der Munitionsbestand der Sicherheitspolizei auf fünfzig Patronen zusammengeschmolzen. Nochmals wurde die französische Besatzung telephonisch angerufen, wieder ohne jeden Erfolg. Es war klar, daß sie mit den Polen gemeinsame Sache machte.

Inzwischen waren wiederholt von polnischer Seite Aufforderungen an die Sicherheitspolizei gelangt, sich zu ergeben. Sie wurden mehrere Male abgelehnt. Schließlich sah aber die Sicherheitspolizei sich durch Munitionsmangel gezwungen, der Aufforderung nachzukommen. Die Waffen wurden niedergelegt, nachdem die Belagerung sieben Stunden gedauert hatte.

Nun stürzte sich eine wilde gut bewaffnete Horde von Polen in das Schlafhaus, in dem sich die Sicherheitspolizei befand. Diese mußte zu zwei Gliedern auf dem Hofe mit erhobenen Händen antreten. Dabei wurden zwei Beamte, obwohl sie den Befehlen nachkamen, von einem Polen namens Wolf angeschossen, die übrigen wurden schwer mißhandelt. Zugleich begann eine planlose Plünderung des Privateigentums der Beamten.

Schließlich wurde die Sicherheitspolizei unter starker Bedeckung nach Schoppinitz abgeführt. Auf dem Wege dorthin wurden die meisten Beamten ihrer Röcke, Mützen, Wertsachen, Leder und Wickelgamaschen beraubt und schwer mißhandelt. Einzelne von ihnen mußten sogar ihre Schuhe ausziehen. Selbst der Führer

sollte seine Reithose ausziehen, tat es aber nicht und erhielt dafür heftige Kolbenschläge und Fußtritte.

In Schoppinitz wurden sie in die dortige Volksschule gebracht und hier einigermaßen menschenwürdig behandelt. Man zwang sie zu dem Versprechen, den Dienst bei der Sicherheitswehr in Oberschlesien zu quittieren.

Abends 7 1/2 Uhr mußte die Sicherheitspolizei wiederum antreten und wurde unter starker Bedeckung, unter dem Jubelgeheule und Gefluch des Pöbels durch Schoppinitz über die Grenze nach Sosnowice gebracht. Beim Durchmarsch durch Schoppinitz sollten die Deutschen die polnische Nationalhymne singen. Als sie sich weigerten, erhielten sie die üblichen Kolbenschläge. Die in Schoppinitz stationierten Franzosen sahen lachend und tatenlos dem Abtransport zu.

Erst jenseits der Grenze hielt die Bedeckung alle Angriffe seitens der Bevölkerung ab, wie hier die Behandlung auch durchaus korrekt war. Drei Uhr morgens erschienen endlich ein französischer Oberst, sowie ein französischer und ein italienischer Hauptmann, die die Deutschen in drei Lastkraftwagen an die Grenze von Myslowitz brachten. Am 21. August 11 1/2 Uhr vormittags trafen sie endlich in Rybnik ein.

Die Polen hatten während der Belagerung der Sicherheitspolizei in Myslowitz schwere Verluste gehabt. Auf ihrer Seite sind mindestens 24 gefallen und 50 verwundet worden. Die Hundertschaft der Sicherheitspolizei hatte nur zwei Verwundete und einen Verunglückten.

Die Bewaffnung der Belagerer wird auf 800 Gewehre, mindestens drei Maschinengewehre, mehrere Maschinenpistolen und ungezählte Handgranaten geschätzt. Die Hundertschaft war nur mit 28 Karabinern und zwei Gewehren bewaffnet, da sie ja seinerzeit die volle Bewaffnung hatte abliefern müssen.

Eine Frau hat gesehen, wie ein Franzose an die Polen Munition verteilte.

Der Aufstand im Kreise Pleß.

Bis zum 18. August waren nach einem Bericht, den der Führer der 8. Hundertschaft der Sicherheitspolizei in Pleß, Leutnant Wiechmann, erstattet, dort noch keine größeren Ausschreitungen der Polen gemeldet worden. Erst an diesem Tage drangen bewaffnete Banden in die an der Grenze gelegenen Dörfer ein. Das

deutsche Dorf Anhalt wurde von ihnen in Brand gesteckt und ist zum großen Teil abgebrannt. Die Dorfbewohner mußten in die Wälder flüchten.

Allmählich erhielten die polnischen Banden immer mehr Zuzug. Besonders hatten sie es auf die Landjäger, Förster, Lehrer und deutschen Beamten abgesehen, die stündlich in Lebensgefahr schwebten und durchweg zu fliehen gezwungen waren.

Die Hundertschaft in Pleß war meistens nur mit Pistolen und Säbeln bewaffnet, versuchte aber doch, der deutschen Bevölkerung Schutz zu gewähren, soweit sie es konnte. Sie erhielt dann aber von den Franzosen den Befehl, sich mit ihren Maßnahmen auf die Stadt Pleß zu beschränken, während die Franzosen, die zwei Kompagnien stark waren, den Schutz der Landbevölkerung übernehmen wollten. Aber obwohl von allen Gegenden um Pleß Hilferufe der deutschen Bevölkerung kamen, verhielten die Franzosen sich untätig und ließen die polnischen Banden schalten und walten wie sie wollten. Man hatte bei den Beamten der Hundertschaft den Eindruck, daß die Franzosen absichtlich die Gewalttaten geschehen ließen.

Pleß war bald überfüllt von Flüchtlingen aus den umliegenden Dörfern. Das Johanniterkrankenhaus in Pleß füllte sich immer mehr mit mißhandelten Deutschen.

Die fürstlichen Beamten in Ludwigswunsch, einer Vorstadt von Pleß, wurden entwaffnet. Die polnischen Banditen nahmen überall Haussuchungen bei den Beamten vor. Der Kreiskontrolleur Major Caricati ließ einem Beamten sagen, man sei machtlos und könne nichts tun, der ganze Kreis Pleß sei in Aufruhr. Überall galt das Faustrecht; wo sich ein Deutscher befand, wurde er beraubt und mißhandelt.

Unter den Banditen befanden sich viele Hallersoldaten in Uniform, die über die Grenze gekommen waren. Am 23. August traf die Außenwache der Sicherheitspolizei aus Pawlowitz ein, die einen gut bewaffneten polnischen Gefangenen mitbrachte.

Nachmittags kamen der französische General Gratier und der Polenführer Korfanty in Pleß an; sie fuhren den heranrückenden Insurgenten entgegen und verhandelten mit ihnen. Die Insurgenten verlangten die Entwaffnung der Sicherheitspolizei, der nunmehr befohlen wurde, bis abends 10 Uhr die Waffen abzugeben. Die Franzosen drohten, bei einer Widersetzung der Waffenabgabe Gewalt anzuwenden und auch ein Durchschlagen der Hundertschaft nach Rybnik zu verhindern.

Da es nun zweifellos war, daß Franzosen und Polen Hand in Hand arbeiteten, stand die Hundertschaft verraten und verkauft da und gab die Waffen ab.

Die Ausdehnung des Aufstandes.

Am 24. August war der ganze Kreis Pleß mit Ausnahme der Stadt Pleß, sowie alle Dörfer des Kreises Rybnik bis in die Höhe der Stadt in den Händen der Insurgenten. Im Kreise Ratibor wurden östlich der Oder alle Dörfer von Wellendorf bis zur Südgrenze des Kreises besetzt. In diesem Kreise wurden die Unruhen jedoch nach 3 Tagen durch das tatkräftige Eingreifen des italienischen Kreiskontrolleurs schnell unterdrückt.

Im Kreise Lublinitz gelangte eine große Anzahl von Ortschaften in die Hände der Polen. Auch Lublinitz selbst versuchten die Polen zu nehmen, jedoch erfolglos.

Am 25. und 26. August dehnte sich der Aufstand über den Nordteil des Kreises Groß-Strehlitz hinaus bis zur Südgrenze des Kreises Oppeln aus und griff gleichzeitig nordöstlich von Ratibor in zwei Zipfeln auf das Gebiet des Kreises Cosel über. Starke polnische Banden durchzogen weitere Ortschaften der Kreise Groß-Strehlitz, Tost-Gleiwitz und Cosel.

Im Kreise Oppeln war es nur dem energischen Eingreifen der Sicherheitspolizei zu verdanken, daß die Polen hier keinen Erfolg erzielten. Am 28. August hatte der polnische Aufstand seine größte Ausdehnung erreicht.

VI.
Zusammenhang zwischen Operationsplan und Aufstand.

Wenn von polnischer Seite behauptet wird, daß der Aufstand lediglich durch deutsche Demonstrationen herbeigeführt worden sei und mit polnischen Kampfesvorbereitungen nichts zu tun habe, so wird die Unwahrheit dieser Behauptung durch die Tatsache in jeder Weise widerlegt. Der Aufstand ist genau nach dem polnischen Operationsplan durchgeführt worden, und Mitglieder der geheimen polnischen Kampforganisation, die in den polnischen Listen als Führer bezeichnet wurden, haben sich in Führerstellen am Aufstande beteiligt und ihn geleitet.

Die Tätigkeit der polnischen Organisation führte schon vor Beginn des Aufstandes ein immer herausforderndes Benehmen der polnisch gesinnten Bevölkerung herbei. Schon im Sommer unternahmen die Polen die Sprengung zahlreicher deutscher Versammlungen. Zwei Wochen vor Beginn des Aufstandes traten überall polnische Agitatoren auf, die sogar nachts die Ortschaften bereisten und auch die ländlichen polnischen Parteigänger aufsuchten. An der polnischen Grenze fand ein reger Verkehr auswärtiger Polen statt, Munition und Waffen wurden über die Grenze hinübergeschmuggelt.

Die Oberleitung des polnischen Aufstandes befand sich in Eichenau, 4 km westlich von Sosnowice, dem Sitz des polnischen Obersten Kommandos. Es wurden mehrere polnische Befehle erbeutet, die besagten, daß die Bezirkskommandanten die aus Eichenau kommenden Befehle genau zu befolgen und dorthin täglich ihre Meldung zu schicken hätten.

Das alles beweist, daß es sich nicht um eine augenblickliche Aufwallung, sondern um eine von langer Hand bis ins kleinste vorbereitete Aktion der Polen handelte, für die schon seit langer Zeit die geheime Kampforganisation geschaffen war. Die Behauptung, daß es sich nur um eine Verteidigungsaktion gegenüber den Ausschreitungen der erregten Menge in Kattowitz handelte, erweist sich lediglich als ein Vorwand. Was sollten wohl polnische Insurgenten in entfernten Kreisen, wie Lublinitz und Oppeln, mit den Kattowitzer Vorgängen zu tun haben? Auch der von polnischer Seite in dem „von Oberschlesien besetzten Gebiet" ergangene Aufruf beweist, welche Auffassung in polnischen Kreisen über die Bewegung bestand.

Hätte nicht eine wohlvorbereitete Organisation bestanden, so wäre es unmöglich gewesen, in allen in Frage kommenden Ortschaften plötzlich in wenigen Tagen Banden zu bilden und überall, reichlich mit Waffen, Munition und Handgranaten versehen, planmäßig in gleicher Art und Weise vorzugehen. Es läßt sich aus dem vorhandenen Aktenmaterial nachweisen, daß die Banden aus Mitgliedern der Geheimen Kampforganisation bestanden, von ihren örtlichen Führern Waffen aus den Waffenlagern empfingen und in Zehnerschaften, meistens rayonweise zusammengefaßt, den Aufstand begannen.

Dabei traten sofort die Führer, die nach den polnischen Organisationsbefehlen und Berichten schon lange Zeit vorher dazu bestimmt waren, als Ortskommandanten, Rayonführer, Kreis- und Bezirksleiter in Erscheinung. Auf den überall eingerichteten Wachstuben lagen die „schwarzen Listen" aus. Posten wurden aufgestellt, und in allen Ortschaften begann das Suchen nach Waffen.

Gleichzeitig brach auf den Gruben der Streik der polnisch gesinnten Arbeiter aus, wie dies auch vom Oberkommando in Sosnowice neuerdings für eine neu geplante Organisation befohlen worden ist. Zuerst wurden einige Gehöfte, dann Ortschaften nach Waffen untersucht. Die Insurgenten griffen dann, nachdem sie auf dem flachen Lande die Gewalt an sich gerissen hatten, schließlich die Städte an. Eisenbahnhöfe, Postanstalten wurden besetzt und das Aufstandsgebiet wurde durch Postierungen abgeschlossen. An allen Orten wurden deutschgesinnte Amts- und Gemeindevorsteher abgesetzt, deutsche Lehrer mißhandelt und zum Teil vertrieben. Polnische Ortskommandanten übernahmen die örtliche Gewalt.

Die Vorbereitungen waren so eingehend getroffen, daß in vielen Dörfern schon vorher gedruckte Ausweisformulare für die Mitglieder der Gesamtorganisation, sowie Stempel für die Bezirks- und Kreisleiter und sogar Ortskommandanten vorhanden waren. Das Weißbuch gibt eine Anzahl solcher Stempel in Faksimile wieder. Sie tragen u. a. in polnischer Sprache die Inschrift: „Kommandant des Kreises Rybnik", „Kassierer des Kreises Rybnik" usw.

In einzelnen Fällen wurde beobachtet, daß getrennt operierende Abteilungen miteinander durch Radfahrer, Fernsprecher und nachts auch durch Lichtsignale in Verbindung standen und so gemeinsam operierten.

Ein weiterer Beweis für die einheitliche Leitung und Vorbereitung des Aufstandes liegt darin, daß in vielen Kreisen, so in Beuthen, Hindenburg, Oppeln, Pleß, Rybnik, Lublinitz, Ratibor ortsfremde Elemente auftraten, die aus anderen Kreisen stammten und kurz vorher aus Polen zugezogen waren. Im Kreise Pleß wurde einwandsfrei festgestellt, daß das Rückgrat des Aufstandes diejenigen jungen Leute aus dem Kreise bildeten, die schon seit Monaten von dort fortgezogen waren und im „Beuthener Schützenregiment in Polen" Dienst getan hatten. Sie sind nachgewiesenermaßen kurz vor dem Aufstande in Oswiecin mit Zivilkleidern versehen und nach Oberschlesien beurlaubt worden, haben zum Teil sogar Waffen mitgebracht.

Mitglieder der Sokolvereine waren an vielen Orten am Aufstand beteiligt. So übernahmen bewaffnete Sokols z. B. im Beuthener Vorort Städtisch-Dombrowa die Sperrung der Straßen und das Durchsuchen der Passanten nach Waffen. Im Kreise Tarnowitz traten Sokolvereine mit Pistolen, Gewehren und Handgranaten bewaffnet als militärisch organisierte Truppe auf. In Roßberg (Beuthen) taten die Mitglieder der polnischen Selbsthilfe Dienst als Bürgerwehr und stellten bereits vorher gedruckte Ausweise aus, deren Stempel folgende Inschrift trug: „Bund der Selbsthilfe. Vor Tagesanbruch. Roßberg-Beuthen 1920. Habt acht."

Kurz vor Ausbruch des Aufstandes wurde besonders im Kreise Pleß ein lebhafter Verkehr mit Waffen über die polnische Grenze beobachtet, und auch Waffentransporte von Polen nach Kattowitz konnten vor dem Aufstande einwandsfrei festgestellt werden. Am 19. August wurden bei Slupna-Myslowitz,; am 20. in Michalkowitz Waffentransporte über die Grenze vollzogen im letztgenannten Orte trafen sie sogar wagenweise ein, am 21.

abends in mehreren Eisenbahnwaggons. Die Waffen wurden in der Nacht nach Eichenau weitergeschafft.

An verschiedenen Orten wurden kleinere Trupps und einzelne Leute in voller polnischer Uniform beobachtet, so in Myslowitz am 20. August zwei berittene polnische Offiziere, sowie etwa 30 Hallersoldaten mit einem schweren Maschinengewehr. Am 19. August überschritten polnische Infanteristen bei Laurahütte die Grenze. Ähnliche Vorgänge wurden an anderen Stellen beobachtet.

Eine ganze Reihe polnischer Führer, die längst als Vertrauensmänner der Polen und als Leiter der Geheimen Kampforganisation bekannt waren, hat nachgewiesenermaßen am Aufstande in leitender Rolle teilgenommen. In elf Fällen ist das durch Zeugen nachgewiesen worden. Einzelne dieser Leute wurden in den Kämpfen gefangengenommen und haben bei der Vernehmung selbst gestanden, daß sie von ihren Vorgesetzten, den Bezirkskommandanten usw. den Befehl erhalten hätten, die Sicherheitspolizei zu entwaffnen und gegen die Deutschen vorzugehen. Vielfach ist auch beobachtet worden, daß von den Führern der Polen vor und während des Aufstandes ein lebhafter Kurierdienst nach den polnischen Zentralstellen in Szene gesetzt wurde.

Aus der Entwicklung des Aufstandes, dem Vorgehen der polnischen Banden und der Teilnahme einzelner polnischer Führer am Aufstande ist klar ersichtlich, daß der Aufstand durch die Mitglieder der in Oberschlesien bestehenden polnischen Geheimorganisation vorbereitet und durchgeführt worden ist. Nach Aussage festgenommener Insurgenten sollte ja auch der polnische Aufstand den Zweck haben, Oberschlesien mit Gewalt vom Deutschen Reiche loszutrennen. Dieses Geständnis und die angeführten Tatsachen wird auch durch das Ableugnen der Polen nicht aus der Welt geschafft werden können.

VII.
Kein Eingreifen der Interalliierten.

Von deutscher Seite sind schon im Mai der interalliierten Kommission dokumentarische Beweise über Bestehen und Absichten der polnischen Geheimorganisation überreicht worden; sie wurden bestätigt durch das Auffinden polnischer Waffendepots und das Auftreten bewaffneter polnischer Banden. Von amtlichen und nichtamtlichen Stellen wurde auf die Gefahren aufmerksam gemacht und energisches Eingreifen gefordert. Im August folgten neue Darstellungen über das Drohen eines Aufstandes, als dessen Termin ausdrücklich der 18. August genannt wurde.

Trotzdem wurden von den interalliierten Besatzungsbehörden keine Schritte unternommen. Auch als der Aufstand ausbrach, wurden irgendwelche Maßnahmen nicht getroffen, obwohl den deutschen Bevollmächtigen in Oppeln erklärt worden war, die interalliierte Kommission sehe die Erhebung als gegen ihre eigene Regierungsgewalt gerichtet an. Die französischen Truppen gaben nicht einen Schuß gegen die Verschwörer ab. Keine öffentlichen Kundgebungen verurteilten die polnische Auflehnung.

So wurden die Polen in keiner Weise gestört, sondern eher ermutigt, zumal sie auch durch die örtlichen Organe nicht gehindert vielleicht sogar gefördert wurden.

Verbrüderung zwischen Polen und Franzosen.

Das Weißbuch trägt eine Reihe durch Aussagen von Augenzeugen festgestellter Fälle, die das Verhalten der Besatzungstruppen klar kennzeichnen. Einige dieser Fälle seien hier wiedergegeben!

Verschiedentlich wurden die Franzosen von deutscher Seite auf das Vorhandensein von Waffen- und Munitionslagern aufmerksam gemacht, ohne daß sie jedoch die geringsten Anstalten machten, diese Lager zu beschlagnahmen. Im Gegenteil: Zum Teil wurde die deutsche Sicherheitspolizei an der Beschlagnahme von Waffen verhindert. So hat der langzeitige Kommandeur der ersten Abteilung der Sicherheitspolizei in Kattowitz, Major Dihrberg, bei einer Vernehmung in Breslau, die auf seinen Wunsch erfolgte, zu Protokoll gegeben, daß der Kreiskontrolleur in Kattowitz, *Oberst Blanchard*, als er auf einer Streife ein *Waffendepot* von 91 Gewehren beschlagnahmt hatte, ihm erklärt habe, *er ordne an, daß er in zukünftigen Fällen in jedem Falle vorher benachrichtigt würde.* Er wolle dann an Ort und Stelle entscheiden, ob eine Beschlagnahme stattzufinden hätte oder nicht. Als Major Dihrberg dem Kontrolleur einige Tage später meldete, daß in einem Hause in Jano sich ein Waffenlager befände, ließ Oberst Blanchard entgegnen, das Haus in Jano werde auf die Liste der verdächtigen Häuser gesetzt werden; sobald diese Liste umfangreich genug sei, behalte er sich eine große Razzia vor. Den Einwand, daß hier schnell zuzufassen sei, ließ Oberst Blanchard nicht gelten.

Maschinenwärter Karl Sarna gab zu Protokoll, daß er am 18. August bei Bogutschütz polnische Banden lagern sah, an die eine *französische Kavalleriepatrouille* heranritt. Die Patrouille *verhandelte mit den Polen*, sodaß er den Eindruck gewann, die Franzosen handelten mit den Banden im Einverständnis. Jedenfalls taten die Franzosen nichts, die Banden zu entwaffnen oder festzunehmen.

Nach der protokollierten Aussage des Zimmermanns Wildner brachten die Polen in Königshütte in Gegenwart einer französischen Abteilung eine ganze Fuhre von Waffen, darunter Kisten mit Handgranaten herbei. Diese *Waffen wurden in Gegenwart der Franzosen abgeladen*, die dann, ohne etwas zu unternehmen, abzogen.

Auch in Neudorf, Kreis Kattowitz, unternahm ein Trupp anwesender französischer Soldaten nichts gegen herumstreifende bewaffnete polnische Banden. In *Antonienhütte* zogen französische Truppen durch Massen bewaffneter Zivilisten hindurch, welche die französischen Truppen lebhaft begrüßten. In *Josefsdorf* empfingen bewaffnete *polnische Insurgenten* eine dreißig Mann starke *französische Kavalleriepatrouille* mit *Händeschütteln* und begleiteten sie durch den Ort hindurch.

An der Modrzejower Brücke standen am 20. August *französische Soldaten tatenlos*, während *polnische Insurgenten in der Stadt schießend patrouillierten.* Ein polnischer Bandenführer, Woitowitz, begrüßte französische Soldaten mit Händedruck und Schulterklopfen und sprach mit ihnen mindestens eine halbe Stunde. Auf der Chaussee von Städtisch-Dombrowa nach Beuthen *verteilten die Franzosen Waffen an polnische Insurgenten*, die dort postiert waren.

In *Woischnik*, Kreis Lublinitz, wurde ein Grundbesitzer Hoffmann von den Polen aus dem Keller seines Hauses herausgeholt und nach der polnischen Grenze zu unter schweren Mißhandlungen abgeführt. *8 Franzosen*, die den Polen unterwegs begegneten, *taten trotz seiner Bitte, ihn zu befreien, nichts*, sondern winkten sogar den Insurgenten zu, ihn und seinen Sohn weiterzuschleppen. Erst am nächsten Morgen wurden beide wieder freigelassen.

Franzosen im Kampf an der Seite der Polen.

In *Chorzow* wurde beobachtet, daß *französische Soldaten*, die mit einem Militärauto ankamen, sich unter die polnischen Banden mischten, die die dortigen, von der Sicherheitspolizei besetzten Reichsstickstoffwerke mit Gewehrfeuer angriffen. Am Südausgange des Dorfes Maczeikowitz sah ein Zeuge, daß Franzosen *Munition in Kisten an die polnischen Insurgenten ausgaben.* Ein französischer Offizier und drei Mann beobachteten das Schießen der Insurgenten. Eine französische Kavalleriepatrouille von 30 Mann erschien im Rücken der polnischen Angreifer und ritt an die schießenden Insurgenten heran, ohne irgendwie einzuschreiten.

In *Sosnitza* wurden 6 französische Soldaten von den Polen mit Hochrufen begrüßt. Ein *Teil der Polen zog mit den Franzosen*, polnische Lieder singend, in der Richtung auf Hindenburg ab.

Polen, die das von der Sicherheitspolizei verteidigte Schlafhaus der *Myslowitzgrube* belagerten und beschossen, wurden von einem französischen zweirädrigen gedeckten Karren, der von drei französischen Soldaten begleitet war, *Pakete übergeben*,

die wahrscheinlich *Munition enthielten*. An verschiedenen Stellen *machten die Franzosen Halt und schossen selbst auf das Schlafhaus*. Sicherheitsbeamte, welche an der Kaserne bei der Myslowitzgrube lagen, wurden von französischen Soldaten beschossen, die auch Handgranaten auf das Gerichtsgefängnis warfen. Der deutsche Beobachter wurde, als er von den Polen entdeckt war, mit Revolvern verfolgt, konnte aber entkommen.

In *Gieschewald* brachte ein *französischer Offizier ein Maschinengewehr der Polen in bessere Stellung* und richtete es selbst auf Kattowitz ein.

In *Bogutschütz* wollten die polnischen Insurgenten beim Herannahen eines französischen Panzerautos flüchten. Ein französischer Chargierter lief ihnen nach und sagte ihnen in gebrochenem Deutsch: „*Nix ausreißen, Deutsche nicht kommen, wenn Deutsche kommen, feste hauen*". Die Panzerautos unternahmen nichts, um die polnischen Banden zu entwaffnen.

Auch in *Hohenlohehütte* begrüßten französische Soldaten, die auf einem Lastauto herankamen, die polnischen Insurgenten und forderten sie auf, die Deutschen kräftig zu verhauen.

Die Durchsuchung des Direktionspolizeigebäudes in Kattowitz.

Ein Bild des Verhaltens des französischen Militärs bietet die *Durchsuchung des Direktionspolizeigebäudes in Kattowitz*, die am 29. August stattfand. Weder dem Polizeipräsidenten noch irgendeinem anderen Beamten war von der geplanten Durchsuchung eine Mitteilung gemacht worden. Nachts zwischen 1 und 3 Uhr erfolgte die erste Durchsuchung, die zweite 1½ Uhr mittags. Bei der zweiten Durchsuchung wurden die Beamten in ihren Räumen festgehalten und durften erst nach eingehender Leibesuntersuchung nach Waffen das Gebäude verlassen. *Mit Brecheisen und Beilen beschädigten die französischen Soldaten die gesamte Einrichtung*. Vorhandene Dienstwaffen wurden beschlagnahmt; weggenommen wurden auch mehrere Stücke beschlagnahmter Waffen, die Unbefugten abgenommen worden waren.

Die Folge eines derartigen Vorgehens mußte natürlich eine starke Beeinträchtigung des Ansehens der staatlichen Polizei bei der Bevölkerung sein. Auf die Beamtenschaft selbst wirkte ein derartiges

Vorgehen dahin, daß sie zu der Auffassung kam, die Vorurteile der Franzosen gegen sie seien unüberwindlich und eine sachliche Zusammenarbeit mit den Franzosen so gut wie ausgeschlossen.

Ein Bericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei in Kattowitz teilt mit, daß der französische Militärbefehlshaber seltsamerweise gerade in der Nacht zum 20. August den von ihm auf Anfordern der Kattowitzer Sicherheitspolizei gestellten Verbindungsoffizier mit der Bemerkung entlassen habe, er brauche erst am anderen Tage um 7 Uhr wiederzukommen. In dieser Nacht aber erfolgte der Angriff der Polen. Auf telephonischen Anruf beim Militärbefehlshaber erfolgte die Antwort, *der General habe keine Zeit*. Dem um 1 Uhr nachts dringend Einlaß begehrenden Verbindungsoffizier der Sicherheitspolizei wurde von der französischen Wache erwidert, *die Offiziere hätten sich eingeschlossen und wären jetzt nicht zu sprechen*.

Die Verdienste der Sicherheitspolizei.

Wäre von den im Lande vorhandenen Polizeikräften der Gebrauch gemacht worden, für den sie bestimmt waren, so hätte die Aufstandsbewegung schwerlich einen ernsteren Charakter annehmen können. Die *Sicherheitspolizei*, die gut durchgebildet und zuverlässig war, war in ihrer Schlagfertigkeit dadurch beeinträchtigt worden, daß ihr die zur Bekämpfung ernstlicher Unruhen notwendigen *Waffen*, insbesondere Maschinengewehre und Handgranaten, ja selbst der größte Teil der Karabiner *genommen wurde*, sodaß sie im wesentlichen *auf Säbel und Armeepistole beschränkt* blieb. Gegenvorstellungen aus der Bevölkerung und von amtlichen Stellen des Abstimmungsgebietes blieben ergebnislos.

So stand die Sicherheitspolizei ohne geeignete Waffen den gut bewaffneten Insurgentenbanden gegenüber. Trotzdem hat sie alles getan, was sie tun konnte, mußte aber schließlich der Übermacht, meist unter schweren Verlusten und nach Erschöpfung des Munitionsvorrates, überall weichen. Bei den Besatzungstruppen fand sie keine Unterstützung, wurde im Gegenteil von diesen in ihrem verzweifelten Kampf völlig im Stich gelassen. Ließen doch französische Truppen es ruhig geschehen, daß Sicherheitspolizei von den Insurgenten überwältigt und entwaffnet wurde.

VIII.

Die Verbrechen an den Deutschen.

Alle Gewalt der gesetzlichen Behörden war in den Auslandsgebieten beseitigt. Jedes Organ der staatlichen Gewalt, das zum Schutze der Bevölkerung hätte dienen können, war bis zu den untersten Instanzen, den Gemeindeverwaltungen, den Gendarmen und Polizisten außer Funktion gesetzt. So stand die deutsche Bevölkerung schutzlos da. Fanatismus und Verbrechen konnten ungehindert an ihr sich auslassen. Brutale Roheit, mit bestialischer Grausamkeit ersonnene Marter, Mord und Brandstiftung, Plünderung und Vergewaltigung dienten als Mittel, den politischen Gegner einzuschüchtern, unschädlich zu machen und zu beseitigen.

Eine deutsche Note.

Nochmals versuchte die deutsche Regierung einzugreifen. Durch eine Note ersuchte sie am 4. September den Präsidenten der Friedenskonferenz, die in Oberschlesien verübten Verbrechen durch eine neutrale Kommission untersuchen zu lassen.

In der Note wird auf die Mehrung der polnischen Gewalttaten gegen Deutsche hingewiesen, sowie darauf, daß sich der deutschen Bevölkerung im Abstimmungsgebiet eine steigende Erregung bemächtigt hat, die zu gewaltsamen Maßregeln aufreize. Die deutsche Regierung sei es dem Volke schuldig, das Ihre zu tun, damit Abhilfe eintrete. Sie sei nicht in der Lage, durch ihre eigenen Organe Feststellungen vornehmen zu lassen. Würden aber Erhebungen der interalliierten Kommission überlassen bleiben, so wäre mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ergebnis von der erregten Bevölkerung als nicht unparteiisch anerkannt würde. Der erstrebte Zweck würde nur zu erreichen sein, wenn eine an den Vorgängen in Oberschlesien unbeteiligte Stelle die Aufgabe übernähme. Die

deutsche Regierung schlage daher vor, eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu wählende Kommission aus Angehörigen solcher Staaten, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrages von Versailles gehörten, mit der Feststellung des Sachverhalts zu betrauen. Sie hoffe, daß die Tätigkeit einer solchen Kommission auch dazu beitragen werde, in Oberschlesien die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen allein eine dem Sinn und dem Wortlaute der Verträge entsprechende Abstimmung erfolgen könne.

Die Antwort der Alliierten.

Die Antwortnote des Präsidenten der Friedenskonferenz Paléologue lautete ablehnend. Sie teilte mit, daß die alliierten Mächte einstimmig der Ansicht seien, die Bildung einer solchen Kommission lasse sich nicht rechtfertigen und der Vorschlag der deutschen Regierung könne infolgedessen nicht angenommen werden.

So war die deutsche Bevölkerung leider schutzlos dem verbrecherischen Terrorismus der Polen ausgeliefert. Über das ganze Aufruhrgebiet verteilen sich die zahlreichen Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden. Frei blieben nur die großen Städte, die dem Ansturm der Polen standhielten. Alle die von den Polen begangenen Missetaten aufzuzählen, ist bei der Zahl dieser Taten auch nicht im entferntesten möglich. Manche Verbrechen sind noch heute unaufgeklärt und werden vielleicht auf immer unaufgeklärt bleiben.

Wenn die deutsche Regierung jetzt die Ergebnisse des ihr zu Gebote stehenden Materials veröffentlicht und sie der Allgemeinheit bekanntgibt, so kann es sich nur um eine kleine Auswahl aus der Reihe jener Verbrechen handeln, die einwandsfrei festgestellt sind. Man hat solche gewählt, die typisch sind für die Behandlung, die in Tausenden von Fällen der deutschen Bevölkerung zu Teil geworden ist, und andere die selbst als Schandnamen den ausnehmend rohen Charakter des Aufstandes darstellen. Alle diese Verbrechen sind einwandsfrei erwiesen durch Berichte, Feststellungen des Tatbestandes und Zeugenaussagen; teilweise sind die entsetzlichen Vorkommnisse auch durch Lichtbilder festgehalten worden. Wenn nicht alle Aussagen, die als Beweise dienen, veröffentlicht werden, so geschieht das, weil noch heute weite

Gebiete Oberschlesiens von polnischen Insurgenten besetzt sind, und den Zeugen, die gegen die Polen sprechen, durch die Veröffentlichung sicher ein grausames Schicksal bereitet würde. Daß die Verbrechen alle ihre Sühne finden, ist nicht zu erwarten, da ihre gerichtliche Verfolgung in den von den Polen besetzten Gebieten in hohem Maße beeinträchtigt, wenn nicht unmöglich ist. Die folgenden Fälle mögen ein Bild dessen geben, was die deutsche Bevölkerung an Furchtbarem zu erdulden hatte.

Die Ermordung Deutscher durch die Polen.

Im Kreise Beuthen wurde der Beuthener Polizeiwachtmeister Max Wessel in Schomburg, als er sich zu seiner Familie nach Friedrichshütte begeben wollte, in Schomburg von Polen aus der elektrischen Straßenbahn herausgeholt und in das dortige Vereinshaus geschleppt, aus dem man kurz nachher das Schreien des Mißhandelten hörte. Am 25. August wurde Wessel tot bei Schomburgmühle aufgefunden; seine Leiche trug Spuren grauenhafter Mißhandlungen, sowie zwei Schußverletzungen. Zwei der Mittäterschaft dringend verdächtige Personen, gegen die von deutscher Seite Haftbefehl beantragt worden ist, wurden als Angehörige der neuen Abstimmungspolizei ermittelt.

Zwei Landjäger in Josefsthal wurden am 20. August aus ihrer Wohnung auf die Straße gerufen, und als sie diese waffenlos betraten, von einer Gruppe polnischer Burschen mit Pistolenschnellfeuer empfangen. Der Landjäger Nohl brach sofort tot zusammen; der zweite konnte entfliehen.

Am 22. August wurde ein Schlafhaus der „Gräfin-Laura-Grube" von 18 bewaffneten Polen auf Waffen durchsucht. Der Schlafhaus-Verwalter Loos und weitere Insassen des Schlafhauses wurden nach grausamer Mißhandlung als Gefangene über die polnische Grenze geschleppt. Am 23. August wurden fünf von ihnen über die Grenze zurückgeführt und dicht diesseits der Grenze in einem Walde bei Josepfsthal nacheinander erschossen, sodaß die letzten zusehen mußten, wie die ersten hingemordet wurden. Mit dem Rest der Gefangenen wurde darauf ebenso verfahren. Am 28. und 30. August wurde durch eine Kommission je ein Grab mit fünf Leichen gefunden. Die Leichen waren scheußlich verstümmelt und zeigten Spuren schwerster Mißhandlungen, aus denen hervorgeht,

was die Unglücklichen haben erdulden müssen. Von den 12 des Mordes Verdächtigen konnten bisher nur fünf festgenommen werden.

Am 30. August wurde der Grenzwachtmeister Paduschek von vier polnischen Banditen aus der Wohnung seiner Eltern in Bobreck herausgeholt und am nächsten Morgen bei Beuthen mit zertrümmertem Schädel und ausgestochenen Augen bewußtlos und völlig ausgeraubt aufgefunden. Er ist seinen Verletzungen noch an demselben Tage erlegen.

Am 28. August wurde der Hüttenarbeiter Piecha aus Lipine in die dortige Schule geschleppt und in der gemeinsten Weise mißhandelt. Seine Mutter, die für ihn bat, wurde von einem Manne festgehalten, er selbst weggeschleppt. Am nächsten Tage fand man seine Leiche bei Hohenlinde mit zwei Brustschüssen und Spuren der Mißhandlungen am Kopf und an den Schläfen.

Nicht viel besser sah es im Kreise Hindenburg aus. Drei Landjäger, Schimansky, Schieleit und Oelze, sowie die Landjägeranwärter Arlt und Rönisch aus Hindenburg wurden auf einer Streife, die einem Einbruchsdiebstahle galt, in Groß-Paniow von schwer bewaffneten Banditen angegriffen. Oelze und Rönisch entkamen. Die übrigen wurden erschossen. Ihre Leichen fand man später auf einer Wiese.

Im Kreise Gleiwitz-Tost forderten 20 bewaffnete Polen im Hause des Kaufmanns Schiffczyk in Altgleiwitz von diesem die Herausgabe der Waffen. Schiffczyk flüchtete über die Felder und wurde hierbei von mehreren ihm nachgesandten Schüssen getroffen. Darauf mißhandelten die Banditen ihn mit Gewehrkolben und Ochsenziemern. Als Schiffczyk nochmals zu entfliehen suchte, trafen ihn abermals mehrere Schüsse. Er starb schließlich unter den Mißhandlungen seiner Verfolger. Dies alles spielte sich unter den Augen der Frau des Unglücklichen ab.

Im Kreise Rybnik wurde der Generaldirektor Radlik am 23. August auf der Heimkehr von Rybnik von Insurgenten überfallen und aus dem Wagen gerissen. Man schlug mit Säbeln, Knüppeln und Gewehrkolben auf ihn ein, sodaß ihm die Schädeldecke zerschlagen wurde und er nach zwei Tagen seinen Verletzungen erlag. Der Kutscher sowie die zu Hilfe eilende Gattin Radliks wurden ebenfalls schwer verletzt.

Am 23. August wurde der Werkmeister Niederstrasser in Czerwionka von bewaffneten Polen niedergeschossen. Er erlitt einen beiderseitigen Lungenschuß.

In Alt-Dubensko setzten polnische Banden das Haus des Maschinenaufsehers Zeller in Flammen und warfen Handgranaten hinein. Die Frau und die Kinder konnten sich ins Freie retten. Zeller selbst wurde unter den Trümmern begraben.

Am 23. August erschossen Insurgenten in Groß-Dubensko den Wirtschaftsassistenten Bonzinski. Der Inspektor und seine Frau wurden mißhandelt, dem Brennereiverwalter Stegmann wurde in Gegenwart seiner siebenjährigen Tochter der Schädel eingeschlagen, sodaß er später im Lazarett starb.

In Loslau erschossen vorübermarschierende Insurgenten die mit ihrer Tochter am Fenster stehende Frau Strenczek.

In Kurow wurde am 23. August von polnischen Banden der im dortigen Gasthaus weilende Adamek ermordet, dessen Ermordung mehrere Tage vorher verabredet worden war.

Am 22. August überfielen 30 bis 40 Aufständische das Forsthaus Fichtberg. Der Sohn des Försters wurde erschossen, der Kutscher Stiller durch einen Lungenschuß derart verletzt, daß er zwei Tage später starb. Die Försterfamilie konnte flüchten. Der Schwager des erschossenen Förstersohnes, der am andern Tage die Leiche bergen wollte, wurde auf dem Hinweg und Rückweg von den Polen auf's schwerste mißhandelt.

Im Kreise Kattowitz wurde der Polizeioberwachtmeister Wittrin auf dem Bahnhof Schoppinitz von polnischen Insurgenten roh mißhandelt und schließlich durch Angehörige der Bürgerwehr abgeführt. Unterwegs entsprang Wittrin und suchte Schutz bei einer französischen Wache, die ihn jedoch fortwies und auch auf seine lauten Hilferufe nicht einschritt. Wittrin wurde nach der Grenze gebracht und dort erschossen, sein Leichnam ins Wasser geworfen. Einer der Täter soll sich bei der Abstimmungspolizei in Ratibor befinden.

In Bogutschütz wurde der Unterwachtmeister Hoffmann auf der Flucht von Aufständischen, die sein Haus umstellt hatten, durch Brustschuß schwer verwundet und mit Gewehrkolben vollends totgeschlagen. Der Schädel wurde zertrümmert, daß das Gehirn hervortrat.

Am 20. August wurde in Rosozin der Druckereibesitzer Vater mit Gewehrkolben erschlagen; am selben Tage in Gieschewald ein Mann mit Namen Just niedergeschossen.

Am 20. August wurden in Neudorf fünf Deutsche von Polen angeschossen. Drei von ihnen wurden dann mit

Gewehrkolben niedergeschlagen und von den Polen ausgeraubt. Der schwerverwundete Kurzeja wurde über ein Gitter geworfen und brach das Genick. Ein anderer namens Werner wurde mit Fußtritten mißhandelt und starb nach einigen Tagen.

In Beingo wurde am 24. August die Leiche des Schneiders Sorski aufgefunden, der von polnischen Banditen erschlagen und verscharrt worden war.

Auf der Saturngrube und nachher im Wachtlokal des polnischen Kommissariats in Czeladz wurden 10 Deutsche in eine Kellerzelle gesperrt und unmenschlich gepeinigt, bevor man sie sämtlich hinmordete. Sie mußten in Reih und Glied antreten und wurden von 20 bis 30 Polen mit Eisenstangen, Schlagringen und Gewehrkolben solange bearbeitet, bis sie ohnmächtig zusammenbrachen. Einer von ihnen, dem man die Nase zerschlagen hatte, wurde gezwungen, sein Gesicht in eine Schüssel mit Essig zu tauchen; dann gab man ihnen bekannt, daß man sie in den Grenzfluß Brinitza werfen werde, führte sie dorthin und ertränkte sie. Nur dreien gelang es, dem Tode zu entgehen. Der polnische Kommandant und polnische Polizisten hinderten die Insurgenten nicht an diesen schweren Mißhandlungen.

Mißhandlungen Deutscher.

Am 25. August wurde eine schwangere Frau Swoboda von einem polnischen Grubenarbeiter gewürgt und mißhandelt. Ihrem Mann wurde die Erlaubnis, zu der infolge der Mißhandlungen Erkrankten einen Arzt zu rufen, verweigert.

Der Zimmerhauer Bonk aus Karf wollte nach Abschluß der Verhandlungen zwischen Polen und Deutschen an seinen Wohnort zurückkehren, wurde aber auf dem Wege dahin von seiner Frau gewarnt, die er auf der Flucht traf, da sie soeben in ihrer Wohnung von sechs Polen mit Ochsenziemern mißhandelt worden sei. Auf dem Bahnhofsgebäude in Karf zerrte dieselbe Bande, die der Frau nachgestürmt war, den Unglücklichen unter einem Tisch, unter dem er sich verborgen hatte, hervor und trieb ihn unter schweren Mißhandlungen nach Karf zurück. Auch als er zusammenbrach, wurde er unter fortwährenden Todesdrohungen zehn Minuten hindurch weiter schwer mißhandelt. Die Bürgerwehr des Ortes sah dem Treiben untätig zu.

In der Nacht zum 2. September überfielen 45 bewaffnete Polen ein Schlafhaus in Bobreck und mißhandelten die dortigen Insassen

mit Gewehrkolben und Gummiknüppeln in rohester Weise. Man brachte 20 von ihnen auf die polnische Wache, wo sie weiter mit Gummiknüppeln geschlagen wurden. Schließlich vertrieb man sie unter Todesdrohungen aus Bobreck.

Auf den Delbrück-Schächten wurden deutsche Arbeiter, die trotz des Streiks eingefahren waren, in Gruppen von 6—8 Mann aus den Schächten herausgeholt. Sie mußten durch eine von 300 Polen gebildete Gasse *regelrecht Spießruten* laufen und wurden auf das schwerste, teilweise *bis zur Arbeitsunfähigkeit verletzt*. Auch die anwesenden Weiber beteiligten sich an den Mißhandlungen.

In einem Dorfe des Kreises Hindenburg drangen in der Nacht zum 22. August bewaffnete polnische Banden in das Haus des Gewerbeschreibers ein. Die *Tochter des Hausbesitzers* versteckte sich, nur mit Unterwäsche bekleidet, auf dem Boden im Heu, wo sie von drei Banditen gefunden wurde. Sie steckten ihr, um ihre Hilferufe zu ersticken, ein Heuknäuel in den Mund, zwei von ihnen *vergewaltigten sie*.

Im Kreise Pleß plünderten polnische Banden die Gehöfte des Dorfes *Anhalt*; nachdem sie alles zerstört und die Wertsachen geraubt hatten, *setzten sie das Dorf in Brand*. Rettungsarbeiten wurden durch Schüsse verhindert. Sieben Doppelhäuser und acht Doppelscheunen verbrannten mit dem gesamten Inventar.

In *Grzawa* wurde der Zollaufseher *Eisig* durch Kolbenschläge so verletzt, daß er *bewußtlos zusammenbrach*. Der polnische Arzt, Dr. Rogalinski, verweigerte jede ärztliche Hilfe.

Am 15. September zwangen sechs Polen eine Frau in *Rodzin* mit ihrer Schwiegermutter und einer dritten Frau, ihnen beim Schnapstrinken Gesellschaft zu leisten. Einer der Banditen zwang die Frau, mit ihm wegzugehen, um neuen Schnaps zu holen. Bei seinem Hause angelangt, zog er sie in dieses hinein und *vergewaltigte sie*. Auch an der anderen Frau wurde ein Vergewaltigungsversuch unternommen. Auf die Anzeige der Frauen bei der polnischen Polizei und den Franzosen erfolgte nichts. Die *Franzosen lehnten die Verhaftung des Übeltäters ausdrücklich ab*.

IX.
Schlußwort.

Seit dem Ausbruch des polnischen Aufstandes sind manche Wochen vergangen, aber *selbst jetzt* sind die *gesetzmäßigen Zustände* im oberschlesischen Abstimmungsgebiet *noch nicht überall wieder hergestellt*.

Die polnische Kampforganisation, das Verhalten der verantwortlichen Organe und die von den Insurgenten begangenen Verbrechen sind ausführlich geschildert worden. Eine durchgreifende Änderung ist trotz aller Vorstellungen von deutscher Seite bisher nicht erfolgt. Die bedauerlichen Vorgänge der letzten Wochen können sich täglich wiederholen, zumal die polnischen Geheimorganisationen nach wie vor bestehen und ihre Führer auf freiem Fuß sind. Die *Entwaffnungsaktion* hat nur *unvollkommene Ergebnisse* erzielt. Zieht man die während des Aufstandes zutage getretenen und jetzt tatsächlich noch in polnischer Hand befindlichen Waffen in Betracht, so muß sie als mißglückt angesehen werden.

In einzelnen Landesteilen, wie namentlich in den Grenzgebieten der Kreise Pleß, Rybnik und Kattowitz, haben *die ordnungsmäßigen Behörden die Gewalt noch nicht wieder voll in der Hand*, und es wird der Wiederherstellung geordneter Zustände von polnischer Seite dreister Widerstand entgegengesetzt. Landjäger und Polizeibeamte können stellenweise ihren Dienst nicht versehen. Gerichtsvollzieher müssen von gerichtlichen Zwangsmaßnahmen Abstand nehmen. Gerichtliche Zeugenvorladungen werden nicht befolgt. Bis in die jüngste Zeit haben noch die von den Aufrührern eingesetzten polnischen Ortskommandanten ihre ungesetzmäßige Tätigkeit ausgeübt.

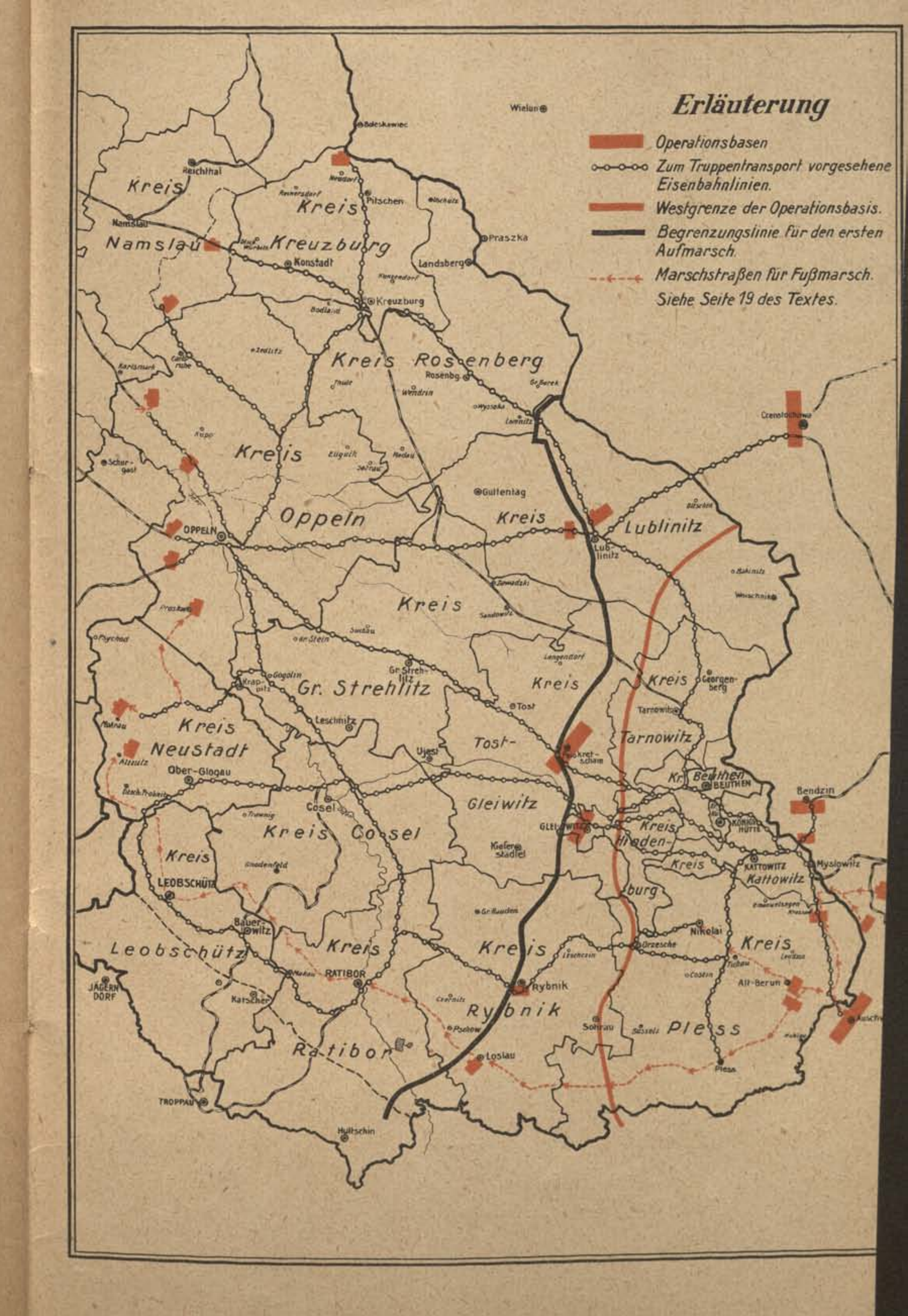
Die *Grenze zwischen Polen und Oberschlesien* ist offen, die Grenzbeamten sind zum Teil vertrieben; wo sie auf

ihren Posten zurückgekehrt sind, können sie es nicht wagen, ihren Dienst zu versehen. Der Personenverkehr zwischen Oberschlesien und Polen, sowie der Transport von Gütern aller Art ist unbeaufsichtigt. Bei Eichenau ist eine neue Holzbrücke über den Grenzfluß Brinitza entstanden.

Die Arbeit in den Gruben und Hütten kann erst allmählich wieder in vollen Gang kommen. Ein Teil der an den Werken tätigen Beamten und mit ihnen viele Hunderte von Arbeitern haben das Abstimmungsgebiet verlassen, da sie keinen wirksamen Schutz gefunden haben. Bei den Belegschaften herrscht nach wie vor große Erregung über die Vorgänge während des Aufstandes und ernste Besorgnis wegen der Zukunft. Arbeiter und namentlich Betriebsleiter der Fabriken sind ständiger Bedrohung ausgesetzt. Etwa 5000 Flüchtlinge konnten noch nicht in ihre Wohnorte zurückkehren. Von den Lehrerstellen sind etwa 150 verwaist. Ausschreitungen der Polen gegenüber der deutschen Bevölkerung kommen fast täglich vor, und besonders das flache Land steht noch immer unter den Rückwirkungen des polnischen Terrors.

Nach dem Friedensvertrage hat die Bevölkerung Oberschlesiens frei und unbeeinflußt sich zu entscheiden, ob sie bei Deutschland bleiben oder mit Polen vereinigt werden will. Die gegenwärtigen Zustände im Abstimmungsgebiet lassen eine freie und unbeeinflußte Äußerung des Volkswillens nicht zu. Soll dem Friedensvertrage Genüge geschehen, so müssen Verhältnisse geschaffen werden, unter denen die Bevölkerung sich dessen sicher fühlen kann, daß nicht durch eine gewalttätige Minderheit ihre freie Stimmabgabe unmöglich gemacht wird.

Willi Simon, Kunstanstalt für moderne Druckausstattung G. m. b. H., Berlin NW 52, Spenerstr. 23.





Willi Simon G. m. b. H. Berlin N.W. 52